

***Einwohnerratssitzung 2009/2010
Protokoll Nr. 6***

Sitzungsdatum ***Donnerstag, 28. Januar 2010***
Sitzungszeit 13:30 Uhr – 19:20 Uhr
Ort Pilatus-Saal, Luzernerstrasse 15, Kriens

Protokoll	Yvonne Rösli	
Direktwahl	041 329 63 09	28. Januar 2010 ry

Anwesend

Präsident

Bienz Viktor

Einwohnerrat

35 Mitglieder
Baumgartner Werner (ab 16:50 Uhr)
Maldonado Jennifer (ab 14:20 Uhr)
Nyfeler Nicole (ab 17:15 Uhr)

Gemeinderat

5 Mitglieder

Gemeindeschreiber

Solari Guido

Protokoll

Rösli Yvonne
Sigrist Andrea

Entschuldigt

-

Traktanden

- | | | | |
|-----|--|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 268 |
| 2. | <u>Vereidigung</u> von Beatrice Kiener | | Seite 273 |
| 3. | <u>Ersatzwahl</u> eines Mitgliedes in die Bildungskommission | | Seite 273 |
| 4. | <u>Protokoll Nr. 4</u> vom 26. November 2009 | | Seite 274 |
| 4a. | <u>Dringliche Motion Graber</u> : Baukredit Gesamterneuerung Schwimmbad mit Variante Wassererwärmung
<i>Begründung</i> | Nr. 135/10 | Seite 274 |
| 4b. | <u>Dringliche Motion Lammer</u> : Planungskredit Schwimmbad
<i>Begründung</i> | Nr. 136/10 | Seite 277 |
| 5. | <u>Bericht und Antrag</u> : Sanierung und Attraktivierung Spiel- und Pausenplätze – Nachtragskredit (2. Fassung) | Nr. 093/09 | Seite 280 |
| 6. | <u>Bericht und Antrag</u> : Reglement über die politischen Rechte
<i>2. Lesung</i> | Nr. 105/09 | Seite 294 |
| | <i>Gleichzeitig wird folgender Bericht behandelt (im Bericht und Antrag integriert):</i> | | |
| 6.1 | <u>Bericht Postulat Lammer</u> : Haltung des Gemeinderates bei kommunalen Abstimmung | Nr. 034/08 | |
| 7. | <u>Bericht und Antrag</u> : Zentrumsplanung Planungskredit Bebauungsplanverfahren Wohnpark Teiggi / Gemeindehaus-Areal | Nr. 128/09 | Seite 311 |
| 8. | <u>Bericht und Antrag</u> : Teilrevision des Reglements über die Erhebung einer Billettsteuer
<i>1. Lesung</i> | Nr. 129/09 | Seite 314 |
| 9. | <u>Bericht Postulat Thalmann</u> : Mehr Sicherheit und Ordnung für Kriens
<i>Aus Zeitgründen abtraktandiert</i> | Nr. 050/09 | |
| 10. | <u>Bericht Postulat Hauser</u> : Präventionsprojekt "sensor - erkennen und handeln": Beteiligung von Kriens
<i>Aus Zeitgründen abtraktandiert</i> | Nr. 065/09 | |
| 11. | <u>Bericht Postulat Nyfeler</u> : Keine Ausbeutung mit unseren Steuergelder
<i>Aus Zeitgründen abtraktandiert</i> | Nr. 287/08 | |

12. Postulat Achermann: Pro Jahr eine Gratisbenützung einer gemeindeeigenen Räumlichkeit, für alle in Kriens ortsansässigen Vereine
Begründung
Aus Zeitgründen abtraktandiert Nr. 119/09
13. Postulat Heini: Kostenpflichtige Dienste auf Privatstrassen
Begründung
Aus Zeitgründen abtraktandiert Nr. 120/09
14. Postulat Urfer: Mehr Sicherheit für die Überquerung der Strasse bei der Johanneskirche
Begründung
Aus Zeitgründen abtraktandiert Nr. 122/09
15. Interpellation Portmann/Rey: China-Granit für die Südstrasse
Beantwortung
Aus Zeitgründen abtraktandiert Nr. 100/09
16. Postulat Willi: Ortstafel
Begründung
Aus Zeitgründen abtraktandiert Nr. 125/09
17. Interpellation Portmann: Abgewiesene Asylbewerber in der Gemeinde Kriens
Beantwortung
Aus Zeitgründen abtraktandiert Nr. 098/09
18. Interpellation Graber: Massnahmen zur Verhinderung von Veranstaltungen auf Privatgrund, welche die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden
Beantwortung
Aus Zeitgründen abtraktandiert Nr. 107/09
19. Postulat Willi: Verselbständigung von Gemeindebetrieben
Begründung
Aus Zeitgründen abtraktandiert Nr. 127/09
20. Postulat Graber: Gesamtkonzept für die Sport- und Freizeitanlagen Schwimmbad, Kleinfeld und Mettlen
Begründung
Aus Zeitgründen abtraktandiert Nr. 130/09

Neueingänge

- Nr. 287/08 Bericht Postulat Nyfeler: Keine Ausbeutung mit unseren Steuergeldern
- Nr. 093/09b Bericht und Antrag: Sanierung und Attraktivierung Spiel- und Pausenplätze – Nachtragskredit – 2. Version
- Nr. 131/09 Postulat Urfer: Berücksichtigung der IAO Kernübereinkommen, faire Beschaffung auch in Kriens
Eingang: 18.12.2009
- Nr. 132/10 Dringliches Postulat Burkhardt: Alternative zum Projekt Neubau Hergiswaldbrücke B+A Nr. 118/09
Eingang: 13.01.2010
- Nr. 133/10 Dringliche Interpellation Burkhardt: Schulraumplanung 2010
Eingang: 13.01.2010
- Nr. 134/10 Planungsbericht: Schulraum Kriens 2010 - 2021
- Nr. 135/10 Dringliche Motion Graber: Baukredit Gesamterneuerung Schwimmbad mit Variante Wassererwärmung
Eingang: 25.01.2010
- Nr. 136/10 Dringliche Motion Lammer: Planungskredit Schwimmbad
Eingang: 25.01.2010
- Nr. 137/10 Bericht und Antrag: Wahl eines/einer Delegierten in den Gemeindeverband LuzernPlus
- Nr. 138/10 Bericht und Antrag: Planungskredit für Neubau Hergiswaldbrücke
- Nr. 139/10 Bericht und Antrag: Baukredit Werterhaltung Schulanlagen - 2. und 3. Etappe / 2. Phase Schulhäuser Roggern, Krauer und Feldmühle

1. Mitteilungen

Viktor Bienz begrüsst alle Anwesenden und die Gäste auf der Tribüne zur heutigen Sitzung. Speziell willkommen heisst er das neue Mitglied, Beatrice Kiener. Sie war vor sechs Jahren bereit Mitglied im Einwohnerrat. Von der NLZ begrüsst er Luca Wolf.

Auf der Leinwand sind die Fotos vom Jahresabschlussessen des Einwohnerrates zu sehen. Die Liste mit den Neueingängen wurde verteilt.

Werner Baumgartner, Jennifer Maldonado und Nicole Nyfeler werden später an der Sitzung teilnehmen. Die Pause ist um 16:00 Uhr vorgesehen.
Aus dem Gemeinderat gibt es keine Mitteilungen.

Es wurden vier dringliche Vorstösse eingereicht. Viktor Bienz bittet die entsprechenden Personen, die Dringlichkeit ihres Vorstosses zu begründen.

Begründung dringliches Postulat Burkhardt: Alternative zum Projekt Neubau Hergiswaldbrücke B+A Nr. 118/09 (Nr. 132/10)

Für Roland Burkhardt ist das Postulat dringlich, weil das Projekt Hergiswaldbrücke am Laufen ist. Er möchte, dass die im Postulat erwähnte Variante bei der Planung berücksichtigt wird.

Bruno Bienz opponiert der Dringlichkeit. Nach der Diskussion beim Bericht und Antrag gehen die Grünen davon aus, dass der Gemeinderat alle Optionen nochmals prüft. Daher braucht es dieses Postulat nicht.

Auch Martin Heini ist gegen die Dringlichkeit. Eine Überweisung führt zu unseriösen Abklärungen. Er geht davon aus, dass die Variante bereits geprüft wird.

Gemäss Matthias Senn opponiert auch der Gemeinderat gegen die Dringlichkeit. Der Auftrag wurde bereits anlässlich der letzten Einwohnerratssitzung entgegengenommen.

Abstimmung über die Dringlichkeit Postulat Burkhardt (Nr. 132/10):
Mit 16:15 wird die Dringlichkeit abgelehnt.

Achermann, Marco	nein
Betschart, Daniel	ja
Bienz, Bruno	nein
Bründler, Anton	ja
Bründler, Josef	nein
Brunner, Joe	nein
Burkhardt, Roland	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Johanna	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	ja
Günter, Michael	ja
Hauser, Bernadette	ja
Heini, Martin	nein
Heiz, Martin	ja
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann, Christine	ja
Kiener, Beatrice	nein
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	nein
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	ja
Rey, Louis	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein

Wili, Alexander	Enthaltung
-----------------	------------

Begründung dringliche Interpellation Burkhardt: Schulraumplanung 2010 (Nr. 133/10)

Gemäss Roland Burkhardt hat er die Dringlichkeit seiner Interpellation in seiner Fraktion besprochen. Mit dem Wissen, dass das Geschäft Schulraumplanung im Gemeinderat behandelt wird, ist die SVP-Fraktion für die Dringlichkeit. Es werden wesentliche Bestandteile für die Auslegeordnung erwartet. Die Abklärungen sollen möglich rasch vorliegen, damit der Einwohnerrat rechtzeitig über die nötigen Unterlagen verfügt und sich frühzeitig über das Sachgeschäft informieren kann.

Bruno Bienz opponiert der Dringlichkeit. Die Grünen sind im Gegensatz zur SVP nicht in der Bildungskommission. Aber sie lesen dafür die Protokolle. Im Protokoll vom 20. Oktober 2009 steht es klar und deutlich: "*Infrastruktur: Das Planteam S wurde mit einer umfassenden Schulraumplanung beauftragt. Nächstens findet eine weitere Sitzung mit dem Planteam S statt. Der Bericht zur Schulraumplanung wird im Dezember 2009 vorliegen.*"

Daher nimmt der Sprecher an, dass dem Einwohnerrat dieser Bericht auch ohne dringlichen Vorstoss rechtzeitig zur Verfügung steht.

Monika Marbacher bestätigt die Aussage von Bruno Bienz. In der BiK hat man argumentiert, dass alle in der dringlichen Interpellation Schulraumplanung verlangten Fakten in Bearbeitung sind und in einem Bericht und Antrag mit Beilagen dokumentiert werden und angeraten, den Vorstoss deshalb zurückzuziehen. Abgestimmt wurde nicht, weil zum Zeitpunkt der Sitzung nicht klar war, ob die dringliche Interpellation Schulraumplanung aufrecht erhalten wird.

Martin Heini opponiert der Dringlichkeit aus den gleichen Gründen wie die Vorredner.

Abstimmung über die Dringlichkeit der Interpellation Burkhardt (Nr. 133/10):
Mit 22:10 Stimmen wird die Dringlichkeit abgelehnt.

Achermann, Marco	nein
Betschart, Daniel	ja
Bienz, Bruno	nein
Bründler, Anton	ja
Bründler, Josef	nein
Brunner, Joe	nein
Burkhardt, Roland	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Johanna	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	nein
Günter, Michael	ja
Hauser, Bernadette	nein
Heini, Martin	nein
Heiz, Martin	ja
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann, Christine	nein
Kiener, Beatrice	nein
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	nein

Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	nein
Marbacher, Monika	nein
Müller, Ursula	nein
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	ja
Rey, Louis	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wili, Alexander	nein

Begründung dringliche Motion Graber: Baukredit Gesamterneuerung Schwimmbad mit Variante Wassererwärmung (Nr. 135/10)

Gemäss Kathrin Graber ist im Bericht und Antrag zum Planungskredit, den der Einwohnerrat letzten Dezember genehmigt hat, festgehalten, dass auf eine Erwärmung des Badewassers verzichtet werden soll. Bereits an der Einwohnerratssitzung vom 6. Mai 2010 soll der Einwohnerrat über den Baukredit beschliessen. Die CVP möchte, dass der Gemeinderat im Hinblick auf den Baukredit eine Variante vorlegt, die eine Wassererwärmung vorsieht. Der Einwohnerrat erhält so im Rahmen des Baukredits die notwendigen Informationen für seinen Entscheid, ob die Gesamterneuerung Schwimmbad mit oder ohne Wassererwärmung zu realisieren ist. Damit der Gemeinderat diese Abklärungen noch rechtzeitig treffen und in den Bericht und Antrag für den Baukredit aufnehmen kann, ist der Dringlichkeit der Motion zuzustimmen.

Bruno Bienz opponiert der Dringlichkeit. Da dieses Thema schon an der letzten Sitzung besprochen wurde, hat diese Dringliche nicht die Fallhöhe einer solchen.

Auch Martin Heini ist gegen die Dringlichkeit. Es ist ein laufendes Verfahren, bei welchem vieles abgeklärt wird.

Abstimmung über die Dringlichkeit der Motion Graber (Nr. 135/10)

Mit 21:8 Stimmen wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Achermann, Marco	ja
Betschart, Daniel	ja
Bienz, Bruno	nein
Bründler, Anton	ja
Bründler, Josef	ja
Brunner, Joe	nein
Burkhardt, Roland	Enthaltung
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	Enthaltung
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	Enthaltung
Graber, Kathrin	ja
Günter, Michael	ja
Hauser, Bernadette	ja
Heini, Martin	nein
Heiz, Martin	ja
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann, Christine	ja
Kiener, Beatrice	ja

Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	nein
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Rey, Louis	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wili, Alexander	ja

Gemäss Viktor Bienz wird die Motion als Traktandum 4a behandelt.

Begründung dringliche Motion Lammer: Planungskredit Schwimmbad (Nr. 136/10)

Thomas Lammer hat für die Dringlichkeit seiner Motion die selben Gründe wie Kathrin Graber. Es handelt sich um ein laufendes Verfahren, darum muss die Motion heute behandelt werden.

Bruno Bienz opponiert auch diese Dringlichkeit aus den gleichen Gründen wie bereits schon gesagt.

Martin Heini ist auch gegen die Dringlichkeit. Es ist ein Tabula rasa-Schritt und nicht zeitgerichtet.

Mirjam Kalt ergänzt, dass kein Kriterium für die Dringlichkeit spricht. Der Einwohnerrat hatte an seiner letzten Sitzung Gelegenheit, über den Planungskredit zu diskutieren.

Gemäss Räto Camenisch muss der Einwohnerrat jetzt sagen, was geplant werden. Danach ist es zu spät.

Erich Tschümperlin widerspricht Rato Camenisch. Er will zuerst wissen, was dies kostet und nicht bereits heute über ein Naturbad entscheiden. Wenn mit dem Verzicht auf ein Naturbad Fr. 2 Mio. gespart wird, ist dies nicht seriös. Sparvorschläge sind beim Baukredit zu machen und nicht mit dringlichen Vorstössen.

Für Martin Heini ist der Zeitpunkt schon lange vorbei. Die Projektgruppe hat schon längst befunden. Die Dringlichkeit ist ein weiteres Störmanöver und man gewinnt damit nichts.

Abstimmung über die Dringlichkeit der Motion Lammer (Nr. 136/10)

Mit 21:11 Stimmen wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Achermann, Marco	ja
Betschart, Daniel	ja
Bienz, Bruno	nein
Bründler, Anton	ja
Bründler, Josef	ja
Brunner, Joe	nein
Burkhardt, Roland	ja

Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	ja
Günter, Michael	ja
Hauser, Bernadette	ja
Heini, Martin	nein
Heiz, Martin	ja
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann, Christine	nein
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	nein
Marbacher, Monika	nein
Müller, Ursula	nein
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Rey, Louis	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wili, Alexander	ja

Gemäss Viktor Bienz wird diese Motion als Traktandum 4b behandelt.

2. Vereidigung von Beatrice Kiener

Beatrice Kiener, als Nachfolgerin von René Hug, wird durch das Ablegen des Gelübdes offiziell im Einwohnerrat aufgenommen. Mit Applaus wird sie in den Reihen des Einwohnerrates Kriens als neues Mitglied willkommen geheissen.

3. Ersatzwahl eines Mitgliedes in die Bildungskommission

Mit der Demission von René Hug gibt es eine Vakanz in der BiK. Zur Wahl vorgeschlagen ist Beatrice Kiener.

Wahlergebnis Mitglied BiK

ausgeteilte Stimmzettel	33
eingegangene Stimmzettel	33
leere Stimmzettel	0
ungültige Stimmzettel	0
gültige Stimmzettel	33
absolutes Mehr	17

Stimmen erhielt und ist somit gewählt: **Beatrice Kiener mit 33 Stimmen**

4. Protokoll Nr. 4 vom 26. November 2009

Es sind keine Änderungsanträge bei der Gemeindekanzlei eingegangen. Das Protokoll wird somit genehmigt und verdankt.

4a. Dringliche Motion Graber: Baukredit Gesamterneuerung Schwimmbad mit Variante Wassererwärmung Nr. 135/10

Gemäss Kathrin Graber ist es das Anliegen der CVP/JCVP-Fraktion, dass der Einwohnerrat im Rahmen des Baukredits die Entscheidungsgrundlagen erhält, ob im Schwimmbad eine Wassererwärmung mit der Gesamterneuerung oder allenfalls erst später realisiert werden soll. Zu diesem Zweck soll der Gemeinderat eine Variante zum Baukredit vorlegen, die eine Wassererwärmung vorsieht. Eine Wassererwärmung für das Schwimmerbecken steht für die CVP/JCVP-Fraktion dabei im Vordergrund. Die Fraktion erhofft sich mit der Motion Antworten auf folgende Fragen:

- Welche Vor- und Nachteile bringt eine Wassererwärmung, die bereits bei der Gesamterneuerung des Schwimmbads realisiert wird?
- Welche Methode der Wassererwärmung steht im Vordergrund, die auch den Anforderungen der Luftreinhalteverordnung entspricht?
- Wie viel kostet eine Wassererwärmung?
- Welche Synergien sind bei einer Wassererwärmung in einem Gesamtkonzept der Sportanlagen Schwimmbad, Kleinfeld und Mettlen realistisch? Die Sprecherin verweist in diesem Zusammenhang auf das bereits eingereichte Postulat „Gesamtkonzept für die Sport- und Freizeitanlagen Schwimmbad, Kleinfeld und Mettlen“.

Trotz dem grossen Spardruck sieht die CVP/JCVP-Fraktion einige Vorteile bei einer Beheizung des Wassers, weshalb sie der Ansicht ist, dass die Frage der Wassererwärmung im Rahmen des Baukredits nochmals gründlich betrachtet werden muss. Die Anzahl Nutzungstage könnte gesteigert werden, eben gerade, weil auch in der Übergangszeit (anfangs und Ende Badesaison) das Wasser temperiert wäre. Die Einnahmen durch Eintritte könnten gesteigert werden. Der Schwimmverein, einer der erfolgreichsten Sportvereine von Kriens, und viele Jugendliche können weiterhin in Kriens trainieren und der Wettkampfbetrieb kann sicher aufrecht erhalten werden. Es ist an der Zeit, auch etwas für den Mittelstand, für Familien und Jugendliche und für Personen zu tun, die sich keine Ferien leisten können. Für diese, aber auch für viele Breitensportlerinnen und Breitensportler ist das Schwimmbad die beliebteste und attraktivste Freizeiteinrichtung in Kriens.

Es geht heute noch nicht um den Entscheid Wassererwärmung ja oder nein. Wenn der Motion zugestimmt wird, erhält der Einwohnerrat alle notwendigen Informationen, um beim Baukredit fundiert darüber zu entscheiden, ob das Wasser erwärmt werden soll oder nicht und ob die Wassererwärmung jetzt oder erst später realisiert werden soll. Eigentlich gibt es gar keinen Grund, um gegen diese Motion zu sein. Die CVP/JCVP-Fraktion beantragt daher, dass die Motion zu überweisen ist.

Cyрил Wiget hat einige Gründe, wieso die Motion nicht überweisen werden soll. Bei der Heizung gilt immer noch die gleiche Argumentation wie an der Dezember-Sitzung. Würde der Projektwettbewerb umgesetzt werden, würde dies rund Fr. 18 Mio. kosten. Der Gemeinderat hatte den Auftrag, eine finanzierbares Projekt vorzulegen. Er musste sich entscheiden, was dringend ist und auf was verzichtet werden kann. Heute werde pro Minute 360 Liter eiskaltes Wasser eingespeist. Dies aufgrund der Undichte und weil auch beim Überlauf viel Wasser verloren geht. Es wurde mit den Planer und den Verantwortlichen des Baudepartements abge-

sprochen, dass nichts verbaut werden soll, damit die Anschlüsse und Leitungen für eine Wassererwärmung zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden können.

Damit für die Schwimmwettkämpfe das Wasser die erforderlichen 26° C erreicht, können Tauchsieder organisiert werden. Weiter ist für das Schwimmbecken eine Abdeckung geplant, mit welcher die Bahnen einzeln abgedeckt werden können und so das warme Wasser auf natürliche Art erhalten bleiben kann.

Das die Krienser Badi wegen dem warmen Wasser mehr Besucher hat, ist eine Behauptung. Zudem würde mit den zusätzlichen Abklärungen weitere Planungskosten entstehen. Der Gemeinderat bittet, den Vorstoss abzulehnen.

Martin Heiz stört es, dass das Naturbecken aufgeheizt werden soll. Dies ist sicher etwas wünschbares. Mit einer Aufheizung des Schwimmbeckens kann er leben und ist darum für eine Überweisung der Motion als Postulat.

Thomas Lammer stellt fest, dass der Einwohnerrat an seiner letzten Sitzung den Planungskredit verabschiedet hat. Mit dem vorliegenden Vorstoss kommen nochmals zusätzliche Kosten, welche die Grenze deutlich überschreitet. Die FDP-Fraktion lehnt die Motion ab.

Gemäss Kathrin Graber wurde bei der Einreichung der Motion diskutiert, ob nur das Schwimmbecken oder auch das Naturbecken mit der Wassererwärmung geprüft werden soll. Die CVP/JCVP-Fraktion will beide, damit alle Optionen vorhanden sind. Im Vordergrund steht aber ganz klar das Schwimmbecken. Der Einwohnerrat soll im Rahmen des Baukredites entscheiden, wenn die nötigen Abklärungen vorhanden sind.

Die Aussage der FDP ist widersprüchlich. Einerseits lehnen sie den Vorstoss der CVP/JCVP-Fraktion ab und reichen selber einen ein."

Thomas Lammer stellt klar, dass mit dem Vorstoss der FDP eine Kostenreduktion vorgesehen ist. Dies ist ein grosser Unterschied zum Vorstoss der CVP/JCVP-Fraktion.

Erich Tschümperlin will wissen, wie hoch die von Cyrill Wiget erwähnten zusätzlichen Planungskosten bei einer Überweisung des Vorstosses sein werden.

Gemäss Cyrill Wiget muss zwischen Planung und Abklärung unterschieden werden. Abklärungen werden sowieso gemacht. Eine zusätzliche Planung kostet rund 10 % der Gesamtplanung von Fr. 150'000.00. Beim Naturbad muss erwähnt werden, dass das Wasser im Kreislauf bleibt und sich ohnehin erwärmt.

Kathrin Graber betont nochmals, dass die Priorität beim Schwimmbecken liegt. Wieso sollen aber nicht auch Familien warmes Badewasser haben? Sie fordert Abklärungen, was es bringt, wenn die Wassererwärmung sofort realisiert wird und nicht nachträglich.

Gemäss Matthias Senn ist im Bericht und Antrag über den Planungskredit ersichtlich, was das Schwimmbecken kostet. Eine Kombination der Wassererwärmung mit dem Naturbad ist nicht vorhanden. Die Planer haben den Auftrag, die Gesamtsanierung so zu planen, dass das Schwimmbecken mit einer Heizung ergänzt werden kann. Bei einer Überweisung des Vorstosses wird ein Energieplaner benötigt, der diese zusätzlichen Kosten genau ausrechnet, sonst

wäre das Projekt nicht seriös. Dann müsste geklärt werden, in welchen Kompetenzbereich diese Kosten fallen. Er geht davon aus, dass dies eher nicht beim Gemeinderat liegt und somit das ganze Geschäft nochmals vor den Einwohnerrat kommen müsste.

Erich Tschümperlin will von Kathrin Graber genau wissen, ob sie nur eine Prüfung oder eine definitive Planung fordert.

Für Räto Camenisch rächt es sich nun, dass man an der letzten Einwohnerratssitzung zuwenig auf die Wassererwärmung eingegangen ist. Diese Angelegenheit bewegt alle. Einerseits darf es nicht viel kosten und andererseits will man ein geheiztes Schwimmbecken. Beides zusammen ist nicht möglich. Kriens verfügt über das einzige wettkampffähige Schwimmbecken weit und breit. Für die SVP ist klar, dass dieses saniert werden muss. Man hat aber ein Kostendach. Die zwei dringlichen Vorstösse haben unterschiedliche Sichtweisen, welche geprüft werden müssen. Kriens braucht ein geheiztes Schwimmbecken, darum müssen auch Abstriche gemacht werden.

Kathrin Graber erwähnt, dass die Motion Entscheidungsgrundlagen fordert. Im Rahmen der Genehmigung des Baukredits soll der Einwohnerrat in der Lage sein, fundiert zu entscheiden. Welche Varianten sind denkbar auch in Bezug auf die Erwärmung des Schwimmbeckens?

Martin Heini wollte anlässlich des Planungskredits auch eine Heizung für das Schwimmbecken. Kriens hat jedoch finanzielle Bandagen, welche erfordern, vom wünschbaren zum wirklich notwendigen zu unterscheiden. Ein attraktives Bad erhält man nicht nur mit Palmen und grünen Wiesen, sondern auch mit einem Naturbad. Er befürchtet bei einem Kostendach von Fr. 10 Mio., dass zwei minimale Lösungen gebaut werden. Dies darf nicht sein. Der Sprecher ist der Auffassung, dass an der letzten Sitzung mit dem späteren Einbau einer Heizung eine gute Lösung gefunden wurde. Eine Überganslösung mit dem Tauchsieder ist vorhanden.

Abstimmung über die Motion Graber: Baukredit Gesamterneuerung Schwimmbad mit Variante Wassererwärmung (Nr. 135/10)

Mit 16:14 Stimmen wird die Motion abgelehnt.

Achermann, Marco	nein
Betschart, Daniel	nein
Bienz, Bruno	nein
Bründler, Anton	nein
Bründler, Josef	nein
Brunner, Joe	nein
Burkhardt, Roland	ja
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Johanna	nein
Erni, Roger	Enthaltung
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Günter, Michael	ja
Hauser, Bernadette	ja
Heini, Martin	nein
Heiz, Martin	nein
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann, Christine	ja
Kiener, Beatrice	nein
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	nein

Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Piazza, Daniel	Enthaltung
Portmann, Peter	nein
Rey, Louis	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	nein
Wili, Alexander	ja

4b. Dringliche Motion Lammer: Planungskredit Schwimmbad Nr. 136/10

Gemäss Thomas Lammer wurde vieles bereits gesagt. An der letzten Einwohnerratssitzung verlangte der Gemeinderat vom Einwohnerrat eine Planungsrichtung. Er hat das Gefühl, dass die Richtung unsicher war. Mit dem vorliegenden Vorstoss soll der Gemeinderat eine genaue Richtung mit einem Kostendach und klarem Anforderungsprofil erhalten. Damit soll die Gesamtsanierung attraktiv gemacht werden. Er bittet den Rat, seine Motion zu überweisen.

Matthias Senn stellt fest, dass der Gemeinderat in seinem Bericht und Antrag die Vorschläge der Schwimmbadkommission weitgehend übernommen hat. Die Auswirkungen bei Überweisung der Motion wären gravierend. Es müsste ein sofortiger Planungsstopp gemacht werden, denn die Planung läuft bereits. Weiter müsste der Gemeinderat beim Einwohnerrat einen neuen Planungskredit einholen.

Der Gemeinderat wird versuchen, alles was separat entschieden werden kann, in Modulen aufzugleisen, wie z.B. Garderobe oder das Längsgebäude. Die Kombilösung ist ca. Fr. 300'000.00 teurer als die konventionelle Lösung. Die günstigste Lösung wäre, beide Becken als Naturbecken zu gestalten.

Maurus Frey zitiert einiges von der letzten Sitzung. Wenn man einen neuen Fernseher kauft, will man auch kein altes Modell. Mit dem Schwimmbad ist es das gleiche. Mit einem neuen Bad soll Kriens einen Schritt weiterkommen. Die Minimalvariante kostet Fr. 12 Mio. Die Kosten für das Naturbad sollen nicht Angst machen. Das Naturbad bringt einen Mehrwert.

Martin Heiz ist gegen die Überweisung als Motion. Zum heutigen Zeitpunkt kann niemand sagen, was günstiger ist. Der Einwohnerrat soll beim Baukredit bestimmen, welche Module er möchte. Mit der Überweisung als Postulat könnte er leben.

Gemäss Kathrin Graber hat sich CVP/JCVP-Fraktion an der letzten Sitzung klar für die Kombilösung Schwimmerbecken auf der einen Seite und Naturbecken auf der anderen Seite ausgesprochen. Bei dieser Meinung bleibt sie. Was aber will der Motionär?

Die Sprecherin erinnert die FDP an ihre Petition, mit der sie eine Gesamtplanung eines Hallen- und Freibades, einen Neubau Hallenbad und eine Überdachung des Freibades gefordert haben. Mit dem heutigen Vorstoss stellt der Motionär alle früheren Absichten der FDP und die Absichten von 560 Krienser Personen auf den Kopf. Eine spätere Zusammenlegung des Hallenbades und des Freibades wäre nicht mehr möglich. Das Herzstück der Gesamtstrategie, das Naturbad, könnte nicht realisiert werden. Eine Ganzjahresnutzung dieser tollen Grünanlage wäre nicht mehr möglich. Eine verbesserte Rentabilität und Auslastung dieser Grundstücke könnte man auch gleich vergessen. Die Motion stellt einen unrealistischen Sparantrag, die

sämtlichen Empfehlungen von Fachleuten, es sei beim Schwimmbad eine grundlegende Gesamtsanierung zu realisieren und keine Pflasterlipolitik zu betreiben, widerspricht.

Aufgrund der Diskussion der letzten Einwohnerratssitzung ist es dem Gemeinderat klar, dass er beim Baukredit nach Einsparungsmöglichkeiten suchen muss. Aus Sicht der CVP/JCVP-Fraktion bestehen Einsparungsmöglichkeiten beim Längsbau beim Schwimmerbecken, bei der Garderobe und beim Affenfelsen. Zudem hat die Fraktion schon im Dezember darauf hingewiesen, dass nach neuen Finanzierungslösungen gesucht werden muss. Die Fraktion kann sich auch vorstellen, dass die Eintrittspreise etwas angehoben würden.

Die Limitierung der Baukosten auf Fr. 10 Mio. ist nicht realistisch und führt zu einem trostlosen und freudlosen Flickwerk im Herzen von Kriens, das aufgrund der bescheidenen Sanierung immer wieder viele Reparatur-Kosten verursachen wird. Die CVP/JCVP-Fraktion wehrt sich daher gegen dieses unrealistische Kostendach und fordert den Einwohnerrat auf, die Motion abzulehnen und sich zusammen mit der CVP einzusetzen:

- Für Familien, die in einer Wohnung leben ohne Garten und Balkon
- Für Familien, die sich keine Ferien leisten können
- Für Familien und Leute, die keinen Swimmingpool im eigenen Garten haben
- Und für alle Bewegungsmenschen, Breitensportlerinnen und Breitensportler, die helfen, dass unsere Gesundheitskosten nicht noch mehr in die Höhe steigen.

Die CVP/JCVP-Fraktion setzt sich ein für das geplante Schwimmbad, damit es die beliebteste Freizeitanlage in Kriens bleibt.

Daniel Piazza findet es gut, dass jetzt darüber diskutiert wird. Zuerst hatte man ein Projekt für Fr. 18 Mio., dann wurde das Projekt auf Fr. 13 Mio. gekürzt und nun will die FDP mit ihrem Vorstoss eine nochmalige Kürzung auf Fr. 9 Mio. Der Sprecher ist der Meinung, dass damit der genehmigte Planungskredit buchstäblich im Wasser ersäuft wird. Der Vorstoss ist eine "Totengräber-Motion". Daniel Piazza bittet alle, denen die Badi wichtig ist, die Motion abzulehnen.

Erich Tschümperlin fragt sich, für wen die Badi saniert wird. Sicher nicht für die Region und auch nicht für private Schwimmclubs. Die Wettkampfschwimmer machen ca. 1 % der Besucher aus. Die Krienser Badi ist auch für Familien. 99 % der Besucher benötigen kein geheiztes Schwimmbassin. Wenn die nötigen finanziellen Mittel vorhanden sind, ist es kein Problem, die Warmwasseraufbereitung zu realisieren.

Gemäss Matthias Senn ist der Gemeinderat auch gegen die Überweisung der Motion als Postulat. Dies nützt ihm nichts. Die Motion wäre wenigstens ein klarer Auftrag. Der Gemeinderat prüft bereits verschiedene Sachen und benötigt einen klaren Auftrag. Er bittet den Einwohnerrat, den Vorstoss abzulehnen.

Auch Martin Heini ist gegen die Motion. Zur Begründung wurde bereits alles wesentliche gesagt. Es kann nicht die Idee des Einwohnerrates sein, dass alles auf finanziellen Gründen abgewürdigt wird. Die Gemeinde Kriens soll attraktiv bleiben, auch wenn Sparen angesagt ist.

Mirjam Kalt hat den Eindruck, dass der Vorstoss aus spezifischem Interesse eingereicht wurde. Was für ein Interesse vertritt die FDP eigentlich? Das Schwimmbad soll für Familien sein.

Christine Kaufmann staunt, denn noch vor zirka 5 Wochen hat der Einwohnerrat dem Planungskredit Gesamterneuerung Schwimmbad zugestimmt. Und nun diskutiert er wieder von Neuem. Was wird die Krienser Bevölkerung über eine „gekürzte Badisanierung“ sagen? Mit der Gesamtsanierung hat der Einwohnerrat die Chance, den Krienser und Krienserinnen einen sichtbaren und nutzbaren Steuergewert zurückzugeben. Die neue Badi ist für alle Generationen und für eine sehr breite Bevölkerung.

In Sarnen ist man mutiger als in Kriens. Denn dort wird zurzeit das vom Hochwasser betroffene Lido neuerstellt. Die Gesamtkosten belaufen sich auf Fr. 23.3 Mio. Die Sarner Bevölkerung hat mit einem überzeugten JA-Stimmenanteil von 73 % dem Neubau zugestimmt.

Für Roland Burkhardt ist es wichtig, dass nun ein kleiner Marschhalt gemacht und über Details diskutiert wird. Er kann sich mit dem geforderten Kostendach anfreunden. Im Prinzip geht es aber darum, dass Kriens eine Badi für alle Bevölkerungsschichten hat. Es ist wichtig, dass bei der Planung Aussagen über die Kosten der Wassererwärmung gemacht werden. Es gilt dabei verschiedene Möglichkeiten für die Erwärmung zu prüfen. Beim Baukredit soll der Einwohnerrat dann entscheiden, was er will.

Kathrin Graber fasst zusammen, dass das Herz für den Breitensport und die Familien schlägt und nicht für ein Flickwerk von Fr. 10 Mio. Sie beantragt, über die Motion geheim abzustimmen.

Räto Camenisch versteht, wieso die FDP die Motion eingereicht hat. Wenn das Schwimmbad mit allen Schikanen gebaut wird, wird die SVP dagegen ankämpfen. Das Kostendach ist eine Richtlinie.

Gemäss Cyрил Wiget ist die Zeit für einen Marschhalt nicht vorhanden. Er bittet den Einwohnerrat, den Vorstoss abzulehnen. Das Schwimmbad soll mit der Kombilösung geplant werden, so wie der Einwohnerrat den Gemeinderat am 17. Dezember 2009 damit beauftragt hat.

Für Erich Tschümperlin liegen keine neuen Fakten vor. Der Einwohnerrat hat anlässlich der letzten Sitzung beschlossen und den Gemeinderat entsprechend beauftragt. Die Arbeiten werden blockiert, wenn der Vorstoss überwiesen wird. Dies soll man dem Stimmvolk zuerst einmal erklären. Für ihn ist dies Geld aus dem Fenster geworfen.

Räto Camenisch erinnert daran, dass er anlässlich der letzten Sitzung ein schriftliches Kostendach eingereicht hat. Dies wurde jedoch zurückgeschickt, mit der Begründung, dass dies nicht möglich sei.

Judith Luthiger stellt fest, dass der Gemeinderat dem Einwohnerrat einzelne Kostenmodule beim Baukredit vorlegen wird und darüber einzeln abgestimmt werden kann. Wenn das Naturbad weniger kostet, wird das Stimmvolk diesem zustimmen. Das Kostendach ist ein Killerfaktor. Sie bittet den Rat, die Motion abzulehnen.

Toni Bründler stellt einen Ordnungsantrag. Es soll nun abgestimmt werden, da die Meinungen längstens gemacht sind.

Aufgrund eines technischen Problems wird über den Ordnungsantrag per Handzeichen abgestimmt.

Abstimmung über den Ordnungsantrag:

Mit 20:12 Stimmen wird dem Ordnungsantrag zugestimmt.

Judith Luthiger freut sich schon jetzt über die Plakate, auf welchen mitgeteilt wird, dass die Badi geschlossen werden muss.

Daniel Piazza erinnert an die aktuelle Ausgabe des Kriens Infos. Auf Seite 4 und 5 hat man dem Volk etwas versprochen.

Aufgrund eines technischen Problems wird auch über den Antrag von Kathrin Graber, welche geheime Abstimmung fordert, per Handzeichen abgestimmt.

Abstimmung geheime Abstimmung:

15 Stimmen sind für geheime Abstimmung.

Viktor Bienz stellt klar, dass 10 Stimmen notwendig sind – 1/3 der anwesenden Mitglieder. Somit wird über die Motion Lammer geheim abgestimmt: Ja = Überweisung der Motion, nein = Ablehnung der Motion.

Geheime Abstimmung über die Motion Lammer: Planungskredit Schwimmbad (Nr. 136/10)

Mit 23:10 Stimmen wird die Motion abgelehnt

5. Bericht und Antrag: Sanierung und Attraktivierung Spiel- und Pausenplätze – Nachtragskredit (2. Fassung) Nr. 093/09

Viktor Bienz begrüsst Thomas Kost, Jugendbeauftragten, als Sachverständigen. Der Einwohnerrat hat die erste Fassung an seiner Sitzung vom 24. September 2009 an den Gemeinderat zurückgewiesen. Nun liegt eine neue Fassung auf dem Tisch. Es findet eine ordentliche Behandlung mit Eintreten und Detailberatung statt.

Gemäss Martin Heiz dürfe die BK zu diesem Bericht und Antrag als Sachverständigen Thomas Kost begrüssen. Die Kritik aus der letzten Behandlung durch den Einwohnerrat wurde im Bericht und Antrag aufgenommen. Die Mehrkosten werden nun detailliert aufgelistet und sind somit klar ersichtlich. Die BK war für Eintreten auf den Bericht und Antrag. Es wurden einige Anträge gestellt, wo auf was eventuell verzichtet werden kann. Die Anträge, welche der Einwohnerrat erhalten hat, erhielten eine Mehrheit in der BK.

Beim Schulhaus Feldmühle war man der Meinung, dass die Steinarena an einem schlechten Platz ist. Es wurde vor allem der Lärm der Strasse erwähnt. Es wurde dann auch der Antrag auf Streichung gestellt. Mit Stichentscheid des Präsidenten wurde die Steinarena gestrichen. Deshalb der Antrag der BK.

Beim Bellpark wurden der Sandkasten und die Schafherde zur Diskussion gestellt. Es wurde Bedenken angemeldet, dass hier Vandalismus stattfinden kann und die Schafherde des Öffteren beschädigt werden könnte. Beim Sandkasten wurden die hohen Kosten bemängelt. Es wurde auch bestätigt, dass das Element Wasser sehr teuer ist. Der Sandkasten alleine sollte mit Fr. 15'000.00 erstellt werden können. Mit 5 Ja zu 0 Nein und einer Enthaltung war die BK der Meinung, dass man nur den Sandkasten erstellt und dafür Fr. 15'000.00 genehmigt. Das ist der zweite Antrag der BK.

Am Schluss wurde dem Beschlusstext mit dem Nachtragskredit in der Höhe von Fr. 182'500.00 mit 6 Ja zu 1 Nein zugestimmt.

Martin Heini stellt fest, dass der Einwohnerrat im Jahr 2007 geschlossen für die Attraktivität, die Sicherheit und den Spielwert der gemeindeeigenen Spielplätze war. Im September 2009 verlangte er eine Auslegeordnung zum Nachtragskredit von Fr. 246'000.00. Dieser liegt nun mit einer Reduktion von Fr. 25'000.00 vor. Dieser Kredit deckt die notwendigsten Attraktivierungs- und Sanierungsmassnahmen der restlichen 4 Spielplätze Feldmühle, Meiersmatt, Obernau und Bellpark. Mit dabei sind rund Fr. 50'000.00 für bereits aufgelaufene Planungskosten.

Die USK dankt dem Gemeinderat für diese Auslegeordnung, welche nun Details aufzeigt. Sie ist einstimmig für Eintreten.

Die Verantwortliche hatten sehr wohl weniger dringenden oder „Zusatz-„Wünsche von den notwendigen Massnahmen getrennt. Leider ist die Formulierung der Überschrift der Auflistung auf Seite 5 falsch. Es handelt sich um nicht realisierbare, ausgeschlagene Zusatzwünsche.

Die USK machte folgende Feststellungen resp. Präzisierungen:

- Dorf: Velounterstand ist nicht hier dabei; sondern im ordentlichen Budgetposten Unterhalt Schulanlagen
- Brunnmatt: Tipi-Zelt ist nicht hier dabei: verdankenswerte Eigeninitiative und – Finanzierung durch Schulhausteam
- Meiersmatt 2: Entwässerung der Wiese ist nicht hier dabei; sondern im ordentlichen Budgetposten Unterhalt Schulanlagen
- Kirchbühl: Überdachung ist nicht hier dabei; sondern im ordentlichen Budgetposten Unterhalt Schulanlagen
- letzter Satz auf Seite 8: richtiger Betrag ist Fr. 35'000.00, anstelle Fr. 30'000.00

Diskutiert wurde auch über die Boulderwände beim Feldmühle-Schulhaus. Ist dies eine Zeitererscheinung oder ein Bedürfnis ganzer Generationen? Ist es Unnützlich oder Geschicklichkeit fördernd? Am falschen Ort oder am einzig möglichen Ort? Zu teuer oder Werkstätte Arbeitsloser unterstützend? Wichtig ist, dass alle Geräte bfu-geprüft sind.

Spielplätze auf Schulhausarealen nehmen Jugendliche auf, die nicht mehr im Wohnquartier spielen, aber auch nicht auf der Strasse herumlungern. Ausserhalb der Schulzeiten sind diese der Öffentlichkeit zugänglich und sehr geschätzt. Gerade heute ist die Motivation zu mehr Bewegung und körperlicher Arbeit gerade bei Jugendlichen so wichtig. Die USK lässt die Boulderwände stehen.

Auch die Steinarena war ein Diskussionspunkt. Ist diese notwendig oder nicht? Oder die Wasseranlage beim Bellpark. Betreffend Sicherheit braucht es ein gesundes Mass an Selbstverantwortung und Aufsichtspflicht, wobei dann auch schon der Fr. 44'000.00 teure Wasser-

Sandkasten im Bellpark ein eigentliches Thema bildete. Auch wenn bereits Vorleistungen geleistet sind, die Multifunktionalität des Bellparks z.B. mit dem Weihnachtsmarkt unter Beweis gestellt wurde und das Spielen mit Wasser so aufregend und pädagogisch sinnvoll ist, überwiegen die Argumente des teuren Wasseranschlusses und der nicht dringenden Notwendigkeit des nassen Sandkastens mit der Folge von nassen Kleidern in der Kommission. Dies scheint der Punkt für Einsparungen zu sein, der am wenigsten schmerzt. Die USK stellt somit mit 4 gegen 1 Stimme folgenden Antrag: *Der Sandkasten im Bellpark ist ohne das Wasserspiel zu bauen. Ersparnis rund Fr. 29'000.00.*

Mit dieser Reduktion empfiehlt die USK mit 3 zu 0 bei 2 Enthaltungen den Bericht und Antrag Version b zur Annahme.

Gemäss Monika Marbacher hat die BIK den Bericht und Antrag Sanierung und Attraktivierung der Spiel- und Pausenplätze aus Sicht von Sinnhaftigkeit und pädagogischen Aspekten diskutiert. Für eine Mehrheit der BIK, soll, ja muss der vorliegende Bericht und Antrag umgesetzt werden. Man hielt fest, dass in den Quartieren Spielgeräte vorhanden seien, diese auch gut genutzt werden, vielfach noch unter der Aufsicht der Eltern. Dass die Schule Spielmöglichkeiten anbieten soll und diese auch genügend ausgestattet sein sollten, war unbestritten. Insbesondere ist für die Befürworter klar, dass die Kinder sobald sie in der Volksschule sind, die Spiel- und Pausenplätze auch in der Freizeit nutzen. Den Kindern soll mit einem attraktiven Angebot von Spiel- und Pausenplätzen Bewegungs- und Begegnungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum ermöglicht werden, in einer Zeit, wo über Bewegungsarmut der Kinder diskutiert wird, sollen nicht Ängste von Erwachsenen neue Spielgeräte wie Boulderwände verhindern. Mit dem Einbezug der Schülerinnen und Schüler bei der Auswahl von möglichen Spielgeräten hat die Volksschule den Schülerinnen und Schüler Mitwirkung und Mitgestaltung ermöglicht.

Eine Mehrheit lobte die detaillierte Ausformulierung des überarbeiteten Berichts und Antrag. Mit der Überarbeitung sehe man eindeutig, was genau realisiert werde. Für eine Minderheit ist die Notwendigkeit gewisser Spielgeräte (gemeint sind Boulderwände, Wasserlauf und Sandkasten) Bellpark und auf Schulhausplätzen fraglich. Zudem sei es ja nicht so, dass im Bellpark einfach nichts vorhanden sei. Man stellte sich jedoch nicht konsequent gegen den Bericht und Antrag, sondern es seien einfach noch gewisse Fragen zu klären bezüglich Sicherheit und ob der Sandkasten im Bellpark in der Nacht zugedeckt werden könne. Es wurde angekündigt, dass die SVP diesbezügliche Anträge stellen werde, die Anträge waren zum Zeitpunkt der BiK-Sitzung jedoch noch nicht ausformuliert.

Markus Buholzer wies abschliessend darauf hin, dass die vorgeschlagenen Spielgeräte alle bfu-geprüft seien. Die BiK hat dem Bericht und Antrag mit 4 ja bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Toni Bründler glaubt nicht, dass Kriens für potenzielle Zuzüger attraktiver ist, nur weil die Spielanlagen teuer saniert sind. Die SVP ist gegen Boulderwände. Sie ist der Auffassung, dass Kinder damit nicht beweglicher sind. Der Sprecher erinnert sich, dass er auch ohne Turnhalle aufgewachsen ist. Die SVP unterstützt den Streichungsantrag der BK und USK. Bei der Detailberatung wird die SVP noch einzelne Streichungen beantragen und wird dem vorliegenden Bericht und Antrag mit Kürzungen zustimmen.

Gemäss Simon Konrad ist dies für die FDP ein Geschäft, das Freude machen sollte, geht es doch um Spielplätze für die Kinder, eine Visitenkarte für die Gemeinde, einem Ort, wo auf spielerische Art gelernt werden kann. Leider hat der Einwohnerrat heute den 2. Anlauf eines

unerfreulichen Nachtragskredites auf dem Tisch und dazu gelernt wurde offensichtlich nicht allzu viel. Die FDP ist sich gewohnt, ein Budget zu sprechen und das Machbare zu realisieren. Bei diesem Geschäft schien es umgekehrt; wer möchte was und wer bezahlt am Schluss?

Rolf Bättig hat schon bei der Kreditvergabe gewarnt, zu viele Köche verderben den Brei. Dieses Wunschkonzert unter Einbezug der Interessengruppen (von den Lernenden bis zum Quartierverein) hinterlässt bei allen Beteiligten Frust. Es wurden Wünsche geweckt, die nicht realisiert werden konnten. Es wurde Geld verplant, das nicht vorgesehen war. Die Ausführungen zur Kostenkontrolle auf Seite 5 runden das schlechte Gefühl noch gebührend ab. Fehler selbst im 2. Anlauf und fehlende Einsicht scheinen nicht die besten Voraussetzungen für folgende Projekte zu sein. Vielleicht waren die Voten am 24. September 2009 doch nicht so falsch.

Unseriös scheint der FDP nach wie vor der, in der 2. Fassung schön kaschierte Nachtragskredit des Gemeinderates betreffend den angeordneten Überstunden von Fr. 11'400.00. Es weckt den Eindruck, dass hier Budgetkürzungen auf „schlaumeierische“ Art kompensiert worden sind. Die FDP unterstützt die Anträge der BK und sagt mit grossen Unbehagen ja zum Nachtragskredit.

Für Mario Urfer ist in der heutigen Zeit die Umgebung für Kinder und Jugendliche mit den vielen Verboten und Weisungen eher unfreundlich. Diese oft erlassen von Menschen, die als Kind noch auf Bäume kletterten, im Wald spielten und auf der frisch gemähten Wiese des Bauern Drachensteigen liessen oder Fussball spielten. Haben heute junge Menschen Wünsche, hören sie: "Dies braucht es nicht, wir hatten es auch nicht."

Gibt es gute Argumente, für Wünsche von Kinder und Jugendliche, die in der Planungswerkstätte mitgewirkt haben und nicht wegen den Finanzen zersaust werden? War die Jugendanimation für die Katz? Ist das innovative und kinderfreundliche Parlament der Gemeinde, bloss Lippenbekenntnis? Für die SP-Fraktion gibt es gute Argumente. Beim Feldmühle-Schulhaus soll eine Steinarena realisiert werden, weil ein asphaltierter Pausenplatz mit zwei rosteten Toren den 4. bis 6. Klässler nicht mehr reicht. Weil ihnen der Standort keine gewichtige Rolle spielt und die Schüler lärmgewohnt sind. Mit Holzbänken kann keine Arena gebaut werden und der Stein trocknet nach dem Sommerregen schneller als Holz. Zudem ist eine Arena für die Lehrerschaft zum Klassensingen, Vortragen oder einer Gruppenarbeit geeignet. Die Arena kommt unter Bäumen zu erstehen und es gibt Sitzmöglichkeiten, die im Schatten sind und die älteren Schüler können sich dorthin zurückziehen.

Die SP will, dass die geplanten Boulderwände realisiert werden. Bouldern, kleiner Felsbrocken, klettern ohne Sicherung in Absprunghöhe, ist ein sehr guter Ersatz für die gefährlichen Kletterstangen. Boulderwände eignen sich für Kindergärtler bis zum Sportler. Es verbessert Tritt- und Griffsinn, Hand- und Augenkoordination sowie Wahrnehmung und Gleichgewichtsgefühl und macht Spass an der Bewegung.

Die SP unterstützt die Realisierung des Spielplatzes im Bellpark. Die Elemente Luft, Erde und Wasser sollen für die Stadtkinder im Spiel spür- und erlebbar sein. Vor allem wird der geschützte Spielplatz für die Kleinsten unterstützt.

Die SP genehmigt den Bericht und Antrag. Sie gewichtet bei den Spielplätze auch die sozialen Aspekte, Spielen fördert Toleranz und Fairness.

Christine Kaufmann stellt fest, dass seit der Eingabe des Vorstosses der JCVP bis zur heutigen Umsetzung bereits zehn Jahre vergangen sind. Das ist eine sehr lange Wartezeit. Im GESAK-Bericht vom 147/06 vom November 2006 wurde hingewiesen, dass die Spiel- und Pausenplätze in einem miserablen Zustand sind, und dass diese, auch aus Sicherheitsgründen, dringend saniert werden müssen. Der Gemeinderat beantragte, dass die Spiel- und Pausenplätze in den Jahren 2008 und 2009 in einer konzentrierten Aktion umfassend saniert werden sollen. Der Einwohnerrat stimmt dem Bericht und Antrag im Juni 2007 einstimmig zu. Bereits in diesem Bericht und Antrag Nr. 195/07 wurde darauf hingewiesen, dass die gesprochenen Finanzen für die grosse Anzahl Spielplätze äusserst knapp bemessen seien. Die CVP/JCVP geht davon aus, dass alle hier im Rat anwesenden Mitglieder der Wichtigkeit der Spiel- und Pausenplätze zustimmen. Für die Kinder sind solche "Austobepplätze" enorm wichtig. Es heisst doch immer wieder, dass die heutigen Kinder zu wenig Bewegung haben. Auf den Spiel- und Pausenplätze können sie ihre Feinmotorik trainieren, ihren Mut beweisen und auf spielerische Art und Weise ihre Energien mittels Spiel und Spass loswerden.

Zu einer attraktiven Wohngemeinde gehören sichere Spiel- und Pausenplätze. Diese Plätze sind Treffpunkte für ein aktives und lebendiges Quartier. Dort finden Quartierbegegnungen statt, sei es durch die schulpflichtigen Kindern, sei es durch Müttern oder Grosseltern, welche mit den Kleinen beim Spazieren gehen dort einen Spielstopp einlegen. Hier liegt die Basis für ein aktives Quartierleben kontra tote Wohngettos.

Speziell ist zu erwähnen, dass es sehr wichtig ist, die Pausenplatzsanierung im Schulhaus Feldmühle attraktiv und für verschiedene Alterstufen gerecht umzusetzen. Genau dort ist ein Quartier, welches ziemlich zubetoniert ist und den Kindern nur öde Spielplätze aus längst vergangenen Zeiten bei den Wohnhäusern bietet. Für die CVP/JCVP-Fraktion ist es zudem wichtig, dass die Sanierungen bei den drei Schulanlagen Feldmühle, Meiersmatt und Obernau noch in diesem Jahr ausgeführt werden. Diese Quartiere dürfen nicht hängen gelassen werden. Das wäre unfair und wäre gegen die Gleichbehandlung der Quartiere.

Die Gründe für den gestellten Nachtragskredit sind bekannt. Alle wissen, dass bei den bereits ausgeführten und geplanten Sanierungen kein Geld verschleudert, sondern falsch budgetiert wurde. An der Einwohnerratssitzung vom 24. September 2009 wurde von verschiedenen Fraktionen kritisiert, dass die Kosten im Bericht und Antrag nicht detailliert aufgezeigt wurden. Die Mehrheit im Rat wünschte detaillierten Angaben betreffend wo, wie und was noch saniert werden muss, inklusive Kostenauflistung der einzelnen Spielgeräte. Nun liegen diese detaillierten Angaben mit diesem Bericht vor. Der Einwohnerrat hat heute zu entscheiden, ob die notwendigen Sanierungen der Spiel- u. Pausenplätze endlich zu Ende geführt werden dürfen. Die CVP/JCVP ist überzeugt, dass der Einwohnerrat heute grünes Licht für die noch zu ausführenden Sanierungen gibt. Denn anlässlich der Einwohnerratssitzung vom 24. September 2009 haben die FDP und SVP die Rückweisung des Nachtragskredits wie folgt begründet: Die Sprecherin zitiert: *...FDP ist nicht gegen eine Fertigstellung der wichtigen Sanierungs-massnahmen für Kinder.....SVP: Die Rückweisung bedeutet nicht, dass die SVP grundsätzlich gegen einen Nachtragskredit ist.*

Die CVP/JCVP-Fraktion unterstützt den Nachtragskredit zur Sanierung und Attraktivierung der Spiel- und Pausenplätze.

Gemäss Maurus Frey ist die revidierte Fassung des Berichts und Antrages über den benötigten Nachtragskredit für den Spielplatzausbau übersichtlich und nachvollziehbar. Nun ist für alle klar, für welche Projekte zusätzliche finanzielle Mittel benötigt werden. Die Grüne Fraktion unterstützt die zusätzlichen Massnahmen. Diese stellen sicher, dass die Pausen- und Spiel-

plätze für alle Altersklassen von Kinder, welche ihn benutzen, attraktiv ist. Es freut die Grünen, dass auch bei Spiel- und Pausenplätzen zielgruppenkonform bauen und planen können. Die Grünen wollen, dass sich die Kinder mit Freude mehr bewegen können. Es ist Aufgabe des Einwohnerrates, die entsprechenden Anreize und notwendige Infrastruktur bereit zu stellen. Die Grüne Fraktion nimmt den vorliegenden Bericht und Antrag ohne Änderungen an.

Zu den gestellten Anträgen nehmen die Grünen wie folgt Stellung:

Die Steinarena hat sich in anderen Schulhäusern bewährt. Es ist ein idealer Ort für schöne Klassenfotos. Beim Bellpark ist es ok, wenn der Sandkasten ohne Wasseranlage realisiert wird. Die SP unterstützt die Erstellung einer Boulderwand. Klettern ist für Kinder immer wieder eine gute Erfahrung. Es stellen sich kontinuierlich Erfolgserlebnisse ein. Der Sprecher selber hatte diesbezüglich mit dem Schulhausabwart von Grossdietwil telefonisch Kontakt. Dieser hat mit der Boulderwand sehr gute Erfahrungen gemacht und es gibt keine Unfälle zu verzeichnen.

Cyrell Wiget dankt dem Einwohnerrat, dass er sich so detailliert mit dem Bericht und Antrag auseinandergesetzt hat. Die Diskussion hat Sinn gemacht. Spielplätze sind bedeutend für Sport, Kinder und Familien. Er gesteht sich ein, dass es an der letzten Sitzung nicht sinnvoll war, das zusätzliche Blatt mit den Kosten zu verteilen. Anstatt Transparenz zu verschaffen, hat es nur Verwirrung gegeben. Im September 2009 ging es darum, einen Nachtragskredit zu genehmigen. Das Baudepartement hatte jederzeit die Möglichkeit, etwas abzubrechen. Es hat noch keine Überschreitung der Kosten gegeben. Nach über 40 Jahren fand eine Generalsanierung der Spiel- und Pausenplätze statt. Der Einwohnerrat hat einen Marschhalt gewünscht, was absolut legitim war. Der Einwohnerrat darf wissen, für was wie viel Geld benötigt wird. Mit dem vorliegenden Bericht und Antrag sind die Details ersichtlich. Für allfällige Fragen steht Thomas Kost zur Verfügung.

Gemäss Bernadette Hauser hat man vom Gemeinderat verlangt, dass genaueste Angaben gemacht werden. Die Sprecherin wird den Eindruck nicht los, dies mit dem Ziel, dass jedes Detail hinterfragt werden kann. Man will in jeder Detailfrage mitbestimmen. Ist das die Aufgabe des Einwohnerrates? Hier waren Fachleute am Werk, haben geplant und abgeklärt und Kinder haben mitgeredet und die Kinder sind ebenfalls Profis, wenn es um ihre Sache geht.

Jetzt wurde argumentiert, Boulderwände sind gefährlich und unnützlich, die Kinder werden schmutzig (Wasser beim Sandkasten) und es ist zu teuer. Was dürfen die Kinder denn eigentlich noch? Was darf für die Kinder noch investiert werden? Sie dürfen nicht schmutzig werden, nicht klettern, keine Schneebälle werfen, nicht kosten und gleichzeitig beklagt man sich, die Kinder bewegen sich zu wenig, sind zu dick, essen zu viel und ungesund, usw.

Toni Bründler ist ohne Turnhalle aufgewachsen. Heute ist alles überbaut und die Kinder dürfen nicht mehr auf Bäume klettern und der Rasen darf auch nicht betreten werden. Man lebt nicht mehr im Jahre 1950. Die Umwelt für die Kinder hat sich massiv verändert. Das muss berücksichtigt werden.

Die Aufgabe des Einwohnerrates ist es, ein Kostendach festzulegen. In diesem Fall muss er den nötigen Nachtragskredit bewilligen und sich nicht in Details verlieren. Mit diesem Kostendach können die Fachleute die nötigen Arbeiten angehen und die dringend nötige Sanierung fertig stellen. Es wurde schon genug verzögert. Der Gemeinderat soll nun nicht auch noch handlungsunfähig gemacht werden.

Erich Tschümperlin dankt Bernadette Hauser für ihr Votum. Es ist richtig, der Einwohnerrat verliert sich zu viel in Details. Die wenigsten sind Experten. Es ist kleinlich, wenn über jeden Posten gestritten wird, vor allem weil im vorherigen Traktandum über Fr. 1 Mio. für eine Heizung plädiert wurde.

Monika Marbacher stellt fest, dass es im Bericht und Antrag nicht um Millionen geht, sondern um Fr. 221'500.00 für die Kinder.

Stichwort Bewegung: Wie kann man Schulkinder in der Pause für Bewegung begeistern? Indem man speziell die Schulhausplätze in dem Sinne verändert, dass sie attraktiv sind und bleiben. Die Krienser Schulhöfe zeigen sich in der Regel in einem tristen Grau. Sie sind häufig zubetoniert und falls Rasenflächen vorhanden sind, dienen sie eigentlich nur selten zur Bewegung. Adipositas (Fettleibigkeit) im Kindesalter nimmt in den industrialisierten Ländern stetig zu. In der Schweiz liegt der Prozentsatz der übergewichtigen Kinder tiefer als in den Vereinigten Staaten, aber sind im Vormarsch. Was kann man dagegen tun? Mit attraktiven Spielgeräten können die Kinder in ihrer körperlichen Aktivität und im Sport Gefallen finden und sich nicht entmutigen lassen.

Stichwort Partizipation: Schülerinnen und Schüler haben eine eigene Sichtweise auf ihr Schulleben, auf die Erfahrungen, die sie im Schulalltag machen und auch auf ihr Lernen. Kinder und Jugendliche ernst zu nehmen ist das Anliegen der Partizipation. Die Expertenmeinung von Schülerinnen und Schüler sollte einbezogen werden, wenn es darum geht, das Zusammenleben im Schulalltag oder Gestaltung von Spiel- und Pausenplätzen. So können Schülerinnen und Schüler eine Mitverantwortung übernehmen. Im vorliegenden Bericht und Antrag haben die Schülerinnen und Schüler ihre Meinung äussern können.

Kriens wird mit der Sanierung der Spiel- und Pausenplätze eine Attraktivitätssteigerung erfahren. Wie bereits gesagt, es geht nicht um Millionen, sondern um Fr. 221'500.00 für die Kinder, darum empfiehlt die CVP/JCVP-Fraktion ein Ja zum vorliegenden Bericht und Antrag.

Toni Bründler geht es nicht um die Wegnahme oder Verhinderung von Spielmöglichkeiten. Aber gewisse Spielgeräte könnten günstiger realisiert werden. Es muss ja nicht jedes Mal eine Luxusvariante gewählt werden. Die Kletterwand könnte z.B. für Fr. 5'000.00 erstellt werden.

Gemäss Martin Heini waren es die Kinder, die mitgeteilt haben, was für Geräte sie gerne hätten. Der Einwohnerrat spricht dafür das nötige Geld. Es wäre schön, wenn nun diese Kinder hier wären. Toni Bründler ist nicht legitimiert zu sagen, was die Kinder brauchen und was nicht. Kriens braucht nicht nur Geräte für vier Spielplätze sondern für rund 20 Spielplätze. Das dies einiges kostet ist klar. Das der ursprüngliche Kredit nicht eingehalten werden konnte, liegt in der Natur. Aus finanziellem Aspekt ein Kostendach zu setzen ist falsch am Platz. Der Sprecher erinnert an die genehmigten Fr. 1.7 Mio. für das Kunstrasenfeld im Kleinfeld. Dort waren es nicht die Jugendlichen, sondern ein Sportverein, der sich dies gewünscht hat. Der Einwohnerrat hat dies auch ohne Vorschriften genehmigt. Martin Heini bittet den Rat, den Kredit zu unterstützen.

Roland Burkhardt macht den Vorschlag, die Kinder ins Parlament zu schicken und der Einwohnerrat geht stattdessen Arbeiten. Der Einwohnerrat hat schliesslich mehr Lebenserfahrung

als die Kinder. Er will nicht nochmals alles argumentieren und stellt einen Ordnungsantrag auf Schluss der Diskussion und Abstimmung.

Abstimmung über den Ordnungsantrag von Roland Burkhardt:

Mit 18:14 Stimmen wird dem Ordnungsantrag zugestimmt.

Achermann, Marco	ja
Betschart, Daniel	ja
Bienz, Bruno	ja
Bründler, Anton	ja
Bründler, Josef	ja
Brunner, Joe	ja
Burkhardt, Roland	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	nein
Günter, Michael	ja
Hauser, Bernadette	nein
Heini, Martin	nein
Heiz, Martin	ja
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann, Christine	nein
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	ja
Maldonado, Jennifer	nein
Marbacher, Monika	nein
Müller, Ursula	nein
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	ja
Rey, Louis	Enthaltung
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wili, Alexander	ja

Viktor Bienz erteilt noch denjenigen das Wort, welche sich vor dem Ordnungsantrag gemeldet haben.

Johanna Dalla Bona bemerkt zum Votum von Martin Heini, dass es richtig war, dass Kinder wünschen dürfen. Aber schliesslich ist es nicht schlecht, wenn die Erwachsenen mitreden können.

Christine Kaufmann schätzt die Lebenserfahrung der älteren Mitmenschen sehr. Von diesen Lebenserfahrungen können alle viel lernen. Wenn die Sprecherin an ihre Kindheit zurückdenkt, dann erinnert sie sich, dass sie auf Bäumen klettern durften, Hütten bauen konnten oder einfach auf gesagt, ging beim Spielen "die Post ab". Heute würde sie sich nicht getrauen, ihren Kindern zu sagen, klettere auf diesen Baum oder jenen Baum und baue dort eine Hütte auf. Das ist einfach nicht mehr möglich. Und eben darum brauchen die Kinder diese attrakti-

ven Spielplätze. Auch die ältern Kinder benötigen attraktive Spielplätze, denn sonst werden sie dort nicht anzutreffen sein, sondern sie sind sonst wo, wo die Erwachsenen nicht glücklich sein werden. Ein Teil der Gesellschaft beklagt sich, wenn die Kinder laut und wild sind. Doch genau dieser Teil der Gesellschaft will die nötigen Plätze den Kindern nicht zur Verfügung stellen. Wo genau sollen denn die Kinder ihre Energien mit Spiel und Spass loslassen dürfen? Wo darf das in der heutigen Zeit noch sein?

Viktor Bienz stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist.

Detailberatung

S. 7 – Schulanlage Feldmühle, Boulderwand

Toni Bründler beantragt die Boulderwand für Fr. 17'000.0 zu streichen und mit dem Betrag von Fr. 5'000.00 zu ersetzen.

Cyрил Wiget hält am Antrag des Gemeinderates fest. Eine Boulderwand bietet viele Möglichkeiten. Sie ist nicht nur eine einfache Kletterwand, sondern es werden damit viele gute Bewegungsformen gefördert und ist für alle Altersklassen geeignet.

Monika Marbacher stellt klar, dass die Boulderwand bfu-geprüft und sehr attraktiv ist. Die von Toni Bründler vorgeschlagene Holzkonstruktion für Fr. 5'000.00 müsste auch bfu-tauglich sein.

Ursula Müller findet es wichtig, dass geklettert werden darf. Kinder lieben dies und es ist unsinnig, wenn die Boulderwand nicht realisiert werden kann.

Für Roland Burkhardt ist die Boulderwand eine reine Modeerscheinung.

Judith Luthiger unterrichtet im Feldmühle-Schulhaus. In der Turnhalle bekommt man von der Kletterwand rostige Hände und die Sprossenwand ist defekt. In anderen Schulhäusern wird nie so gespart wie beim Feldmühle-Schulhaus. Dasselbe gilt für die Steinarena. Im Meiersmatt-Schulhaus ist sogar eine Pergola mit Überdachung geplant. Wieso soll im Feldmühle-Schulhaus alles gestrichen werden? Das Feldmühlequartier hat zu wenig Spielplätze und ist deshalb auf einen attraktiven Spielplatz beim Schulhaus angewiesen. Es ist kein Wunschkonzept, sondern ein Muss.

Wie bereits erwähnt, hat Maurus Frey mit dem Schulhausabwart von Grossdietwil telefoniert. Dieser hat nur gute Erfahrungen mit der Boulderwand gemacht. Zudem gibt es verschiedene Schwierigkeitsgrade. Es handelt sich dabei nicht um einen Affenturm, sondern um ein ausgefeiltes und attraktives Spielgerät.

Martin Heini stellt fest, dass die Kletterstände nach 40 Jahren von den Erwachsenen entfernt wurde und die Boulderwand sicher keine Modeerscheinung ist.

Johanna Dalla Bona graut es. Der Einwohnerrat diskutiert über Peanuts und die Zeit läuft und läuft. Es ist bald 16:00 Uhr und von den 20 traktandierten Geschäften ist man erst beim 5. Die Meinungen sind längstens gemacht. Sie macht beliebt, endlich abzustimmen und vorwärts zu machen.

Abstimmung Boulderwand: Antrag Gemeinderat (Fr. 17'000.00) / Antrag Toni Bründler (Fr. 5'000.00)

Mit 22:10 Stimmen wird dem Antrag des Gemeinderates zugestimmt.

Achermann, Marco	Antrag GR
Betschart, Daniel	Antrag SVP
Bienz, Bruno	Antrag GR
Bründler, Anton	Antrag SVP
Bründler, Josef	Antrag GR
Brunner, Joe	Antrag GR
Burkhardt, Roland	Antrag SVP
Camenisch, Rätö	Antrag SVP
Dalla Bona, Johanna	Antrag GR
Erni, Roger	Antrag GR
Fluder, Hans	Antrag SVP
Frey, Maurus	Antrag GR
Graber, Kathrin	Antrag GR
Günter, Michael	Antrag SVP
Hauser, Bernadette	Antrag GR
Heini, Martin	Antrag GR
Heiz, Martin	Antrag SVP
Kalt, Mirjam	Antrag GR
Kaufmann, Christine	Antrag GR
Kiener, Beatrice	Antrag GR
Koch, Patrick	Antrag SVP
Konrad, Simon	Antrag GR
Lammer, Thomas	Antrag GR
Luthiger, Judith	Antrag GR
Maldonado, Jennifer	Antrag GR
Marbacher, Monika	Antrag GR
Müller, Ursula	Antrag GR
Piazza, Daniel	Antrag GR
Portmann, Peter	Antrag SVP
Rey, Louis	Antrag SVP
Tschümperlin, Erich	Antrag GR
Urfer, Mario	Antrag GR
Wili, Alexander	Enthaltung

S. 7 – Schulanlage Feldmühle – Steinarena

Joe Brunner macht beliebt, dass der Standort des Aussenschulzimmers besser überdenkt wird.

Gemäss Martin Heiz sieht die BK die Nutzung des Aussenschulzimmers nicht ein und beantragt deshalb die Streichung von Fr. 10'000.00.

Judith Luthiger stellt klar, dass es nicht um das Aussenschulzimmer geht, sondern darum, dass die Jugendlichen irgendwo für die Pausen eine Sitzgelegenheit haben. Zurzeit ist alles

voller Ameisen. Die Steinarena ist keine Luxusvariante und dient nicht als Aussenschulzimmer.

Bernadette Hauser schliesst sich der Meinung von Johanna Dalla Bona an. Es soll nicht über jeden Antrag diskutiert werden.

Abstimmung Steinarena: Antrag Gemeinderat (Fr. 10'000.00 für Steinarena) / Antrag BK (- Fr. 10'000 Streichung der Steinarena)

Mit 18:15 Stimmen wird dem Antrag des Gemeinderates zugestimmt.

Achermann, Marco	Antrag GR
Betschart, Daniel	Antrag BK
Bienz, Bruno	Antrag GR
Bründler, Anton	Antrag BK
Bründler, Josef	Antrag BK
Brunner, Joe	Antrag GR
Burkhardt, Roland	Antrag BK
Camenisch, Räto	Antrag BK
Dalla Bona, Johanna	Antrag BK
Erni, Roger	Antrag GR
Fluder, Hans	Antrag BK
Frey, Maurus	Antrag GR
Graber, Kathrin	Antrag GR
Günter, Michael	Antrag BK
Hauser, Bernadette	Antrag GR
Heini, Martin	Antrag GR
Heiz, Martin	Antrag BK
Kalt, Mirjam	Antrag GR
Kaufmann, Christine	Antrag GR
Kiener, Beatrice	Antrag GR
Koch, Patrick	Antrag BK
Konrad, Simon	Antrag BK
Lammer, Thomas	Antrag BK
Luthiger, Judith	Antrag GR
Maldonado, Jennifer	Antrag GR
Marbacher, Monika	Antrag GR
Müller, Ursula	Antrag GR
Piazza, Daniel	Antrag GR
Portmann, Peter	Antrag BK
Rey, Louis	Antrag BK
Tschümperlin, Erich	Antrag GR
Urfer, Mario	Antrag GR
Wili, Alexander	Antrag BK

S. 8 – Schulanlage Meiersmatt – Pergola

Für Toni Bründler sind andere Ideen nicht immer ein Blödsinn. Er beantragt die Pergola beim Schulhaus Meiersmatt zu streichen.

Cyрил Wiget erwähnt, dass das Schulhaus Meiersmatt fast die grösste Schulanlage in Kriens ist und die Schüler dort keinen Aussenraum haben. Die geplante Pergola macht Sinn.

Abstimmung Pergola: Antrag Gemeinderat (Fr. 19'000.00 für Pergola) / Antrag Toni Bründler (- Fr. 19'000 Streichung der Pergola):

Mit 22:10 Stimmen wird dem Antrag des Gemeinderates zugestimmt.

Achermann, Marco	Antrag GR
Betschart, Daniel	Antrag SVP
Bienz, Bruno	Antrag GR
Bründler, Anton	Antrag SVP
Bründler, Josef	Antrag GR
Brunner, Joe	Antrag GR
Burkhardt, Roland	Antrag SVP
Camenisch, Rätö	Antrag SVP
Dalla Bona, Johanna	Antrag GR
Erni, Roger	Antrag GR
Fluder, Hans	Antrag SVP
Frey, Maurus	Antrag GR
Graber, Kathrin	Antrag GR
Günter, Michael	Enthaltung
Hauser, Bernadette	Antrag GR
Heini, Martin	Antrag GR
Heiz, Martin	Antrag SVP
Kalt, Mirjam	Antrag GR
Kaufmann, Christine	Antrag GR
Kiener, Beatrice	Antrag GR
Koch, Patrick	Antrag SVP
Konrad, Simon	Antrag GR
Lammer, Thomas	Antrag GR
Luthiger, Judith	Antrag GR
Maldonado, Jennifer	Antrag GR
Marbacher, Monika	Antrag GR
Müller, Ursula	Antrag GR
Piazza, Daniel	Antrag GR
Portmann, Peter	Antrag SVP
Rey, Louis	Antrag SVP
Tschümperlin, Erich	Antrag GR
Urfer, Mario	Antrag GR
Wili, Alexander	Antrag SVP

S. 10 – Schulanlage Obernau – Boulderwand

Roland Burkhardt beantragt die Streichung der Boulderwand im Betrag von Fr. 17'000.00.

Abstimmung Boulderwand: Antrag Gemeinderat (Fr. 17'000.00) für Boulderwand / Antrag Roland Burkhardt (- Fr. 17'000.00 Streichung der Boulderwand)

Mit 22:11 Stimmen wird dem Antrag des Gemeinderates zugestimmt.

Achermann, Marco	Antrag GR
Betschart, Daniel	Antrag SVP
Bienz, Bruno	Antrag GR
Bründler, Anton	Antrag SVP
Bründler, Josef	Antrag GR
Brunner, Joe	Antrag GR
Burkhardt, Roland	Antrag SVP
Camenisch, Rätö	Antrag SVP
Dalla Bona, Johanna	Antrag GR
Erni, Roger	Antrag GR
Fluder, Hans	Antrag SVP
Frey, Maurus	Antrag GR
Graber, Kathrin	Antrag GR
Günter, Michael	Antrag SVP

Hauser, Bernadette	Antrag GR
Heini, Martin	Antrag GR
Heiz, Martin	Antrag SVP
Kalt, Mirjam	Antrag GR
Kaufmann, Christine	Antrag GR
Kiener, Beatrice	Antrag GR
Koch, Patrick	Antrag SVP
Konrad, Simon	Antrag GR
Lammer, Thomas	Antrag GR
Luthiger, Judith	Antrag GR
Maldonado, Jennifer	Antrag GR
Marbacher, Monika	Antrag GR
Müller, Ursula	Antrag GR
Piazza, Daniel	Antrag GR
Portmann, Peter	Antrag SVP
Rey, Louis	Antrag SVP
Tschümperlin, Erich	Antrag GR
Urfer, Mario	Antrag GR
Wili, Alexander	Antrag SVP

S. 11 – Bellpark – Sandkasten ohne Wasseranschluss

Martin Heiz beantragt beim Sandkasten auf den Wasseranschluss zu verzichten, da dies nur im Sommer benutzt werden kann.

Abstimmung Sandkasten ohne Wasseranschluss: Antrag Gemeinderat (Fr. 44'000.00 für Sandkasten mit Wasseranschluss) / Antrag BK und USK (- Fr. 29'000.00 Streichung des Wasseranschlusses)

Mit 19:12 Stimmen wird dem Antrag der BK und USK zugestimmt.

Bienz, Bruno	Antrag GR
Kalt, Mirjam	Antrag GR
Tschümperlin, Erich	Antrag GR
Frey, Maurus	Enthaltung
Brunner, Joe	Antrag GR
Heini, Martin	Antrag GR
Luthiger, Judith	Antrag GR
Maldonado, Jennifer	Antrag GR
Urfer, Mario	Antrag GR
Graber, Kathrin	Antrag GR
Hauser, Bernadette	Antrag GR
Kaufmann, Christine	Enthaltung
Marbacher, Monika	Antrag GR
Müller, Ursula	Antrag BK
Piazza, Daniel	Antrag GR
Achermann, Marco	Antrag BK
Bründler, Josef	Antrag BK
Dalla Bona, Johanna	Antrag BK
Erni, Roger	Antrag BK
Kiener, Beatrice	Antrag BK
Konrad, Simon	Antrag BK
Lammer, Thomas	Antrag BK
Wili, Alexander	Antrag BK
Betschart, Daniel	Antrag BK
Bründler, Anton	Antrag BK
Burkhardt, Roland	Antrag BK
Camenisch, Rätö	Antrag BK
Fluder, Hans	Antrag BK

Heiz, Martin	Antrag BK
Koch, Patrick	Antrag BK
Portmann, Peter	Antrag BK
Rey, Louis	Antrag BK
Günter, Michael	Antrag BK

Viktor Bienz stellt fest, dass kein Rückkommen verlangt wird und bittet Guido Solari den bereinigten **Beschlussestext** zu lesen:

1. Für die Sanierung und Attraktivierung der Spiel- und Pausenplätze wird in Ergänzung zum Beschluss des Einwohnerrates vom 28. Juni 2007 ein Nachtragskredit von Fr. 192'500.00 (Indexstand April 2009 zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten) genehmigt.
2. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Abstimmung über den bereinigten Beschlussestext:

Mit 29:4 Stimmen wird dem Beschlussestext zugestimmt.

Achermann, Marco	ja
Betschart, Daniel	ja
Bienz, Bruno	ja
Bründler, Anton	nein
Bründler, Josef	ja
Brunner, Joe	ja
Burkhardt, Roland	nein
Camenisch, Rätö	nein
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Günter, Michael	ja
Hauser, Bernadette	ja
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	ja
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann, Christine	ja
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	ja
Maldonado, Jennifer	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	nein
Rey, Louis	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wili, Alexander	ja

Viktor Bienz verabschiedet Thomas Kost und unterbricht die Sitzung für eine Kaffeepause bis 16:25 Uhr.

6. Bericht und Antrag: Reglement über die politischen Rechte

2. Lesung

Nr. 105/09

Gleichzeitig wird folgender Bericht behandelt (im Bericht und Antrag integriert):

6.1 Bericht Postulat Lammer: Haltung des Gemeinderates bei kommunalen Abstimmungen

Nr. 034/08

Gemäss Viktor Bienz findet kein Eintreten statt, da der vorliegende Bericht und Antrag in zweiter Lesung behandelt wird.

Simon Konrad, namens der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission, hält fest, dass folgende Artikel nochmals zu reden gaben:

Art. 10 Abs. 2 „Konstruktives Referendum, Allgemeines“: Die SVP verlangt nochmals die Streichung des Zusatzes „ausformuliert“.

Art. 12 Abs. 4 „Information der Stimmberechtigten“: Das Anliegen des überwiesenen Postulats Lammer „Haltung des Gemeinderates bei kommunalen Abstimmungen“ wurde in erster Lesung in einer geheimen Abstimmung (17:16 Stimmen, eine ungültige Stimme) nicht angenommen.

Die FGK entschied sich, keine Abstimmung zu diesen beiden Änderungsanträgen durchzuführen. Der vorliegende Bericht und Antrag wurde mit 3:2 Stimmen abgelehnt.

Helene Meyer-Jenni kann es gut nachvollziehen, dass die Artikel 10 und 12 nochmals zu reden gaben. Beim Artikel 10 „Konstruktives Referendum, Allgemeines“ kann man unterschiedliche Haltungen einnehmen. Artikel 10 ist das eigentliche Kernstück und die Ursache, weshalb ein Reglement über die politischen Rechte geschaffen wurde. Der Gemeinderat bittet, dies nun nicht abzulehnen. In vergleichbaren Gemeinden oder beim Kanton ist das konstruktive Referendum mit Rahmenbedingungen bestückt. In Kriens steht es aber praktisch isoliert da. Erstmals kam das konstruktive Referendum bei der Tagesschule zur Anwendung. Dies stellte das Parlament damals aber vor Probleme. Anstatt unmittelbar danach eine Volksabstimmung durchzuführen, ging die Vorlage wieder zurück an den Gemeinderat, welcher eine neues Projekt erarbeitete und dies wiederum dem Einwohnerrat vorlegte. In diesem Falle war das konstruktive Referendum nicht das richtige Instrument. Das richtige Instrument wäre damals eine Rückweisung gewesen. Wenn es um eine konkrete Änderung geht, dann ist das konstruktive Referendum ein gutes Instrument. Der Gemeinderat bittet sehr, den Artikel 10 nicht zu streichen, da sonst das Ganze obsolet wird.

Detailberatung Entwurf Reglement

Art. 4 Abs. 2 – Konstruktives Referendum, Allgemeines

Michael Günter beantragt namens der SVP-Fraktion, Abs. 2 zu streichen und durch die Formulierung „Das konstruktive Referendum muss einen formulierten Gegenvorschlag enthalten.“ zu ersetzen.

Beim konstruktiven Referendum handelt es sich um eine Verbindung von Referendum mit einer Initiative. Man kann somit nicht nur einfach „Nein“ zu einer Vorlage sagen, sondern selber eine vermeintlich bessere Idee einbringen. Bei der Initiative gibt es die Form der allgemeinen Anregung und die Form der formulierten Initiative. Wieso dies bei einem konstruktiven Referendum, welches bezüglich des konstruktiven Teils einer Initiative gleichkommt, anders sein soll, ist nicht ersichtlich und führt zu einer Komplizierung. Es wird immer wieder gesagt, ein konstruktives Referendum in Form einer allgemeinen Anregung sei nicht praktikabel. Dieses Argument ist nicht stichhaltig. Wenn eine Initiative in Form einer allgemeinen Anregung angenommen wird, ist das Verfahren klar geregelt. Beim konstruktiven Referendum ist dieses Verfahren schlicht und einfach zu übernehmen. Mangelnde Praktikabilität ist deshalb nur ein Scheinargument. Bei einem ausformulierten Gegenvorschlag kommt dieser 1:1 in ein Reglement oder dergleichen. Die Formulierung von Rechtsnormen ist jedoch nicht ganz einfach, müssen doch zahlreiche Einzelheiten berücksichtigt werden. Im Sinne der Normqualität ist es daher sinnvoll, wenn in Form einer allgemeinen Anregung gehandelt wird und die Rechtsnormen danach durch die Spezialisten formuliert werden. Diese können dabei auf einen breiten Erfahrungsschatz und tiefes Detailwissen abstellen. Mit der Abstimmung über die Gemeindeordnung haben sich Bürgerinnen und Bürger das Recht eines konstruktiven Referendums herausgenommen. Nun soll der Einwohnerrat auf tieferer Normstufe, d.h. in einem Reglement, dieses Volksrecht wieder beschneiden. Diese Beschneidung der Bürgerrechte ist bedenklich. Nicht zuletzt muss man auch die gemachten Erfahrungen und Vorteile eines konstruktiven Referendums berücksichtigen. Das Beispiel Tagesschule ist hier sehr eindrücklich. Das allgemein formulierte konstruktive Referendum ermöglichte eine neue Auslegung und führte dazu, dass die höchst umstrittene Zentrumsvariante durch eine breit abgestützte dezentrale Variante ersetzt werden konnte. Ohne dieses konstruktive Referendum wäre anzunehmen gewesen, dass die Tagesschule an der Urne gescheitert wäre und man auf lange Sicht keine Tagesschule gehabt hätte.

Es sind somit fünf Gründe, welche für ein fakultatives Referendum in Form der allgemeinen Anregung sprechen.

Kathrin Graber hält fest, dass das konstruktive Referendum ein Volksrecht ist, das im Vergleich zu anderen Volksrechten sehr komplex ist und für welches bisher wenige praktische Erfahrungen bestehen. Wegen der Komplexität dieses Volksrechts sind relativ detaillierte Ausführungsbestimmungen notwendig. Das Reglement muss daher eine klare Regelung für das Verfahren beim konstruktiven Referendum enthalten. In der kantonalen Gesetzgebung ist das konstruktive Referendum nicht geregelt. Gerade deshalb muss Kriens relativ detaillierte Ausführungsbestimmungen erlassen. Beim konstruktiven Referendum gibt es nur die ausformulierte Variante, also keine Form des Entwurfs und damit auch kein formulierter Entwurf.

Ein konstruktives Referendum muss eins zu eins dem Volk zur Abstimmung unterbreitet werden können. Daher würde es nicht ausreichen, wenn nur ein formulierter Entwurf vorliegt. Die Kunst wird es sein, die Volksrechte und die politischen Instrumente richtig einzusetzen. Das konstruktive Referendum ist nicht in jedem Fall das geeignete Instrument. Wenn eine Partei noch Informationen für einen Gegenvorschlag braucht, so muss sie wohl in einem ersten Schritt eher eine Motion einreichen oder das Geschäft zurückweisen.

Kathrin Graber beantragt, den Antrag der SVP abzuweisen, damit das konstruktive Referendum geregelt werden kann.

Helene Meyer-Jenni erwähnt zu den Ausführungen von Michael Günter, dass mit der neuen Gemeindeordnung ein neues Instrument aufgenommen wurde, jedoch ohne flankierende

Massnahmen und Erfahrungen. Sie ist erstaunt, dass er das Vorgehen beim Beispiel Tagesschule als gut erachtet. Das Ergebnis war zwar schlussendlich gut, aber im Vorfeld bewegte man sich in den Grauzonen. Nachdem das konstruktive Referendum ergriffen wurde, musste man sich zuerst beraten und man hat dazu Schlössligespräche durchgeführt. Zur Verhinderung solcher „juristischen Klimmzüge“ möchte der Gemeinderat mit dem neuen Reglement entsprechende Handlungsanleitungen.

Beim Initiativrecht gibt es eine Ausformulierung oder ein Entwurf. Ein Referendum kann man aber nur ausformulieren, da dieses direkt an die Bevölkerung geht. Es ist wichtig, dass man das passende Instrument wählt. Wenn man etwas ändern möchte, reicht man eher eine Motion ein oder weist das Geschäft zurück.

Gemäss Räto Camenisch hat man mutig ein Instrument eingeführt und möchte dies nun wieder wegnehmen. Das konstruktive Referendum während einer Sitzung zu ergreifen, ist schlichtweg nicht möglich. Er fragt, wer einen ausformulierten Vorschlag erarbeiten kann.

Helene Meyer-Jenni macht ein Beispiel eines ausformulierten Vorschlages zum Bericht und Antrag betreffend Spielgeräte: „Wir sind für die Streichung der Boulderwand, Fr. 17'000.00“. Dies reicht bereits für ein ausformuliertes konstruktives Referendum.

Erich Tschümperlin ist der Meinung, dass eine Ausformulierung praktikabel wäre. In der Regel befasst man sich bereits im Voraus an der Fraktionssitzung mit dem konstruktiven Referendum und damit auch mit der Ausformulierung und kann dies bereits abklären.

Judith Luthiger führt aus, dass mit dem neuen Reglement klare Verhältnisse geschaffen werden sollen. Das Instrument „konstruktives Referendum“ soll deutlich ausdefiniert werden, so dass die Handhabung zukünftig keine rechtlichen Schwierigkeiten mehr bereitet. Die Geister scheiden sich am Wort „ausformuliert“. Situationen, in denen man das konstruktive Referendum ergreift, sind klar voraussehbar und können vorher in der Fraktion als mögliche Option formuliert werden. Wenn man in der Fraktion unsicher ist, kann Hilfe beansprucht werden. Die Fraktionssitzungen finden ja nicht einen Tag vor der Einwohnerratssitzung statt, sondern eine oder zwei Wochen zuvor. Da bleibt genügend Zeit, einen ausformulierten Vorschlag vorzubereiten. Die SP-Fraktion hat sich letzte Woche auch überlegt, ob sie das Referendum zum vorliegenden Bericht und Antrag ergreifen möchte oder nicht. Wenn Artikel 10 wieder rausgekippert wird, so wird das Herzstück des Reglements gestrichen und so wird dieses sinnlos. Das wäre herausgeworfenes Geld für all die Parlamentsstunden, Gemeinderatsvorbereitungsarbeiten und Schreivarbeiten der Experten und Sekretärinnen.

Johanna Dalla Bona weiss nicht weshalb man das konstruktive Referendum als praktikabel betrachtet. Sie wäre mit der Ausformulierung völlig überfordert und würde dies lieber den Experten überlassen.

Helene Meyer-Jenni ergänzt zur Bemerkung von Rato Camenisch, dass der Einwohnerrat entscheidet, was als ausformuliert gilt und was nicht. Weiter bemerkt sie, dass das konstruktive Referendum beim Beispiel Tagesschule nicht das richtige Instrument war. Um etwas zu erreichen, braucht man je nach dem das richtige Instrument. Beim Beispiel Tagesschule waren alle mit dem Schlussresultat zufrieden. Es hätte aber genauso sein können, dass eine Situati-

on entsteht, welche den Betroffenen überhaupt nicht gepasst hätte. Nicht jedes Problem kann mit demselben Mittel gelöst werden.

Michael Günter stellt betreffend der Vorbereitung in der Fraktionssitzung fest, dass nicht die gesamte Krienser Bevölkerung in einer Fraktion ist. Es kann vorkommen, dass der Entwurf oder das Ergebnis der Verwaltung nicht im Sinne derjenigen Person liegt, welche eine allgemeine Anregung machte. Es ist das eigene Risiko, wenn man das falsche Instrument wählt.

Kathrin Graber betont nochmals, dass das konstruktive Referendum ein komplexes Volksrecht ist und man daher ein Reglement erstellt, damit dies geregelt wird. Bei der Tagesschule hat man sich an der Fraktionssitzung vorbereitet. Wenn man mit einer Vorlage nicht einverstanden ist, kann man vorgängig beispielsweise eine dringliche Motion einreichen. Wenn diese überwiesen wird und es zu einer Volksabstimmung kommt, werden beide Varianten vorgelegt. Beim konstruktiven Referendum gibt es nur eine formulierte Variante, daher muss das Wort „ausformuliert“ erwähnt sein.

Johanna Dalla Bona erwähnt, dass die FDP-Fraktion damals den Antrag um Rückweisung des Bericht und Antrags betreffend Tagesschule stellte. Da dieser aber nicht angenommen wurde, wurde daraufhin das konstruktive Referendum eingereicht. Es bestand keine andere Möglichkeit.

Helene Meyer-Jenni erklärt, wenn die Bevölkerung das konstruktive Referendum ergriffen hätte, hätte man nichts aushandeln können, so wie dies anlässlich des Schösslgesprächs mit dem Einwohnerrat vorgenommen wurde. Zur Aussage von Michael Günter bemerkt sie, dass sich eine Initiative nicht auf einen konkreten Bericht und Antrag bezieht und man diese somit nicht einem Referendum gegenüberstellen kann.

Erich Tschümperlin fügt hinzu, dass es mit dem konstruktiven Referendum nicht möglich ist, ganze Geschäfte durch andere Geschäfte zu ersetzen.

Gemäss Alexander Wilj ist eine Art juristische Diskussion entstanden, welche nur einen Aspekt des konstruktiven Referendums beleuchtet. Gemäss Gemeindeordnung kann auch die Bevölkerung ein konstruktives Referendum einreichen. Wenn diese einen Gegenentwurf einreicht, kann dieser weniger klar formuliert sein. Der Zwang einer Ausformulierung ist gegenüber der Gemeindeordnung eine Einschränkung. Man muss aufpassen, dass man den Inhalt der Gemeindeordnung nicht zu fest einschränkt.

Räto Camenisch behauptet, dass das konstruktive Referendum bei der Tagesschule nicht möglich gewesen wäre. Wenn man einfach formuliert, wäre es nicht immer differenziert.

Helene Meyer-Jenni hält fest, dass eigentlich die Gemeindeordnung bezüglich konstruktives Referendum angepasst werden sollte. Dies lehnte der Einwohnerrat aber ab. Sie motiviert, die Bestimmungen dazu von anderen Gemeinden zu lesen. Weiter bemerkt sie, dass ein Initiativtext vorgeprüft werden muss und falls dieser nicht den Vorgaben entspricht, für ungültig erklärt wird. Beim Referendum ist dies nicht möglich. Dies gilt für die Bevölkerung und für das Parlament.

1. Abstimmung Antrag Gemeinderat (ausformuliert) gegenüber Antrag SVP (formuliert)
Mit 17:17 Stimmen

Achermann, Marco	Antrag SVP
Baumgartner, Werner	Antrag GR
Betschart, Daniel	Antrag SVP
Bienz, Bruno	Antrag GR
Bründler, Anton	Antrag SVP
Bründler, Josef	Antrag SVP
Brunner, Joe	Antrag GR
Burkhardt, Roland	Antrag SVP
Camenisch, Rätö	Antrag SVP
Dalla Bona, Johanna	Antrag SVP
Erni, Roger	Antrag GR
Fluder, Hans	Antrag SVP
Frey, Maurus	Antrag GR
Graber, Kathrin	Antrag GR
Günter, Michael	Antrag SVP
Hauser, Bernadette	Antrag GR
Heini, Martin	Antrag GR
Heiz, Martin	Antrag SVP
Kalt, Mirjam	Antrag GR
Kaufmann, Christine	Antrag GR
Kiener, Beatrice	Antrag SVP
Koch, Patrick	Antrag SVP
Konrad, Simon	Antrag SVP
Lammer, Thomas	Antrag SVP
Luthiger, Judith	Antrag GR
Maldonado, Jennifer	Antrag GR
Marbacher, Monika	Antrag GR
Müller, Ursula	Antrag GR
Piazza, Daniel	Antrag GR
Portmann, Peter	Antrag SVP
Rey, Louis	Antrag SVP
Tschümperlin, Erich	Antrag GR
Urfer, Mario	Antrag GR
Wili, Alexander	Antrag SVP

2. Abstimmung Antrag Gemeinderat (ausformuliert) gegenüber Antrag SVP (formuliert)
Mit 17:16 Stimmen wird dem Antrag SVP zugestimmt.

Achermann, Marco	Antrag SVP
Baumgartner, Werner	Antrag GR
Betschart, Daniel	Antrag SVP
Bienz, Bruno	Antrag GR
Bründler, Anton	Antrag SVP
Bründler, Josef	Antrag SVP
Brunner, Joe	Antrag GR
Burkhardt, Roland	Antrag SVP
Camenisch, Rätö	Antrag SVP
Dalla Bona, Johanna	Antrag SVP
Erni, Roger	Enthaltung
Fluder, Hans	Antrag SVP
Frey, Maurus	Antrag GR
Graber, Kathrin	Antrag GR
Günter, Michael	Antrag SVP
Hauser, Bernadette	Antrag GR

Heini, Martin	Antrag GR
Heiz, Martin	Antrag SVP
Kalt, Mirjam	Antrag GR
Kaufmann, Christine	Antrag GR
Kiener, Beatrice	Antrag SVP
Koch, Patrick	Antrag SVP
Konrad, Simon	Antrag SVP
Lammer, Thomas	Antrag SVP
Luthiger, Judith	Antrag GR
Maldonado, Jennifer	Antrag GR
Marbacher, Monika	Antrag GR
Müller, Ursula	Antrag GR
Piazza, Daniel	Antrag GR
Portmann, Peter	Antrag SVP
Rey, Louis	Antrag SVP
Tschümperlin, Erich	Antrag GR
Urfer, Mario	Antrag GR
Wili, Alexander	Antrag SVP

Art. 4 Abs. 4 – Konstruktives Referendum, Allgemeines

Alexander Wili beantragt, den letzten Satz wie folgt zu ändern: „Kommt ein konstruktives Referendum zustande, *muss* (anstatt *kann*) ein bereits angeordneter Urnengang verschoben werden.“ Wenn ein konstruktives Referendum zustande kommt, muss der Gemeinderat die Gelegenheit haben, neue Stimmunterlagen zuzustellen und Stellungnahmen abzugeben.

Helene Meyer-Jenni ist sich nicht sicher, ob der Urnengang zwingend verschoben werden muss. Eine Abstimmung wird im Vorfeld bekannt gegeben. Es ist möglich, dass zu diesem Zeitpunkt die Abstimmungsunterlagen noch gar nicht verschickt sind. Theoretisch ist es möglich, dass eine Abstimmung nicht verschoben werden muss. In der Realität wird dies aber wahrscheinlich kaum der Fall sein.

Daniel Piazza möchte gerne eine Erklärung zum vorliegenden Antrag, da er nicht genau weiss, was dies bedeutet.

Helene Meyer-Jenni erklärt, dass es eine Verfahrensfrage sei betreffend Urnenabstimmung und Versand der Unterlagen. Wenn ein konstruktives Referendum ergriffen wird, kann eine Abstimmung verschoben werden. Theoretisch muss der Abstimmungstermin nicht verschoben werden, wenn die Unterlagen noch nicht verschickt sind. Wenn es vom Ablauf her notwendig ist, muss man dies natürlich anpassen.

Räto Camenisch schlägt vor, den Satz wie folgt zu ändern: „... *müsste* (anstatt *kann* oder *muss*) ein bereits angeordneter Urnengang verschoben werden.“

Erich Tschümperlin bemerkt, dass ein Urnengang zwingend verschoben werden muss, wenn das Wort „muss“ erwähnt ist. Er ist aber der Meinung, dass man diesen nur verschiebt, wenn es notwendig ist.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (gem. B+A) gegenüber Antrag Wili (muss statt kann)

Mit 24:11 Stimmen wird der Antrag Wili abgelehnt.

Achermann, Marco	Antrag GR
Baumgartner, Werner	Antrag GR
Betschart, Daniel	Antrag Wili
Bienz, Bruno	Antrag GR
Bründler, Anton	Antrag Wili
Bründler, Josef	Antrag Wili
Brunner, Joe	Antrag GR
Burkhardt, Roland	Antrag Wili
Camenisch, Rätö	Antrag Wili
Dalla Bona, Johanna	Antrag GR
Erni, Roger	Antrag GR
Fluder, Hans	Antrag Wili
Frey, Maurus	Antrag GR
Graber, Kathrin	Antrag GR
Günter, Michael	Antrag GR
Hauser, Bernadette	Antrag GR
Heini, Martin	Antrag GR
Heiz, Martin	Antrag Wili
Kalt, Mirjam	Antrag GR
Kaufmann, Christine	Antrag GR
Kiener, Beatrice	Antrag GR
Koch, Patrick	Antrag Wili
Konrad, Simon	Antrag GR
Lammer, Thomas	Antrag GR
Luthiger, Judith	Antrag GR
Maldonado, Jennifer	Antrag GR
Marbacher, Monika	Antrag GR
Müller, Ursula	Antrag GR
Nyfelner, Nicole	Antrag GR
Piazza, Daniel	Antrag GR
Portmann, Peter	Antrag Wili
Rey, Louis	Antrag Wili
Tschümperlin, Erich	Antrag GR
Urfer, Mario	Antrag GR
Wili, Alexander	Antrag Wili

Art. 10 Abs. 2 – Konstruktives Referendum, Allgemeines

Michael Günter beantragt namens der SVP-Fraktion, Art. 10 Abs. 2 in der jetzigen Form zu streichen und durch die Formulierung „Das konstruktive Referendum muss einen formulierten Gegenvorschlag enthalten ...“ zu ersetzen.

Zunächst kann auf das bereits gesagte verwiesen werden. Erschwerend kommt für den Einwohnerrat noch hinzu, dass es aus zeitlichen Gründen, insbesondere bei komplexen Vorlagen, welche an der Einwohnerratssitzung noch geändert werden, kaum möglich ist, einen ausformulierten Gegenentwurf zu präsentieren. Art. 10 Abs. 2 stellt somit in der jetzigen Form nichts anderes dar als eine faktische Aufhebung der Möglichkeit, ein konstruktives Referendum zu ergreifen. Als Einwohnerrat kann er dieser Beschränkung seiner Rechte nicht zustimmen. Da das Wort „ausformuliert“ bei Art. 4 durch „formuliert“ ersetzt wurde, sollte dies auch in Art. 10 ersetzt werden.

Kathrin Graber, namens der CVP/JCVP-Fraktion, ist der Meinung, dass ein Gegenvorschlag ausformuliert sein muss. Sie beantragt, eine geheime Abstimmung durchzuführen.

Helene Meyer-Jenni gibt Michael Günter Recht. Wenn das Wort „ausformuliert“ in Abs. 4 durch „formuliert“ ersetzt wurde, sollte dies auch beim Art. 10 vorgenommen werden. Der Gemeinderat haltet aber trotzdem an seiner Meinung fest, da die vorgeschlagene Formulierung das zentrale Element des Reglements ist.

Für Räto Camenisch ist die geheime Abstimmung eine Umgehung der Volksmeinung. Jeder hat eine öffentliche Stimme und soll diese auch kundgeben. Er protestiert gegen geheime Abstimmungen.

Abstimmung über geheime Abstimmung

Mit 17 Ja- : 18 Nein-Stimmen.

Achermann, Marco	nein
Baumgartner, Werner	ja
Betschart, Daniel	nein
Bienz, Bruno	ja
Bründler, Anton	nein
Bründler, Josef	nein
Brunner, Joe	ja
Burkhardt, Roland	nein
Camenisch, Räto	nein
Dalla Bona, Johanna	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Günter, Michael	nein
Hauser, Bernadette	ja
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	nein
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann, Christine	ja
Kiener, Beatrice	nein
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	ja
Maldonado, Jennifer	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	nein
Rey, Louis	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wili, Alexander	nein

Gemäss Viktor Bienz findet eine geheime Abstimmung statt, da ein Drittel (mind. 12 Stimmen) dem Antrag zustimmte.

1. Geheime Abstimmung Antrag Gemeinderat (ausformuliert) gegenüber Antrag SVP (formuliert)

Mit 17:17 Stimmen.

Gemäss Viktor Bienz wird die geheime Abstimmung wiederholt, da ein unentschiedenes Resultat vorliegt.

2. Geheime Abstimmung Antrag Gemeinderat (ausformuliert) gegenüber Antrag SVP (formuliert)

Mit 18:18 Stimmen.

Gemäss Viktor Bienz wird der Antrag der SVP abgelehnt, da dieser keine Mehrheit fand.

Art. 12 Abs. 4 – Information der Stimmberechtigten
Alexander Wili verweist auf den Antrag der FDP.

Thomas Lammer führt aus, weshalb der Gemeinderat keine abweichende Meinung zum Einwohnerrat bei der Information der Stimmberechtigten haben sollte. Es geht ihm nicht darum, wer wem über- oder untergeordnet ist. Vielmehr ist es auch auf Bundesebene so. Gemäss Art. 10 des Bundesgesetzes über die politischen Rechte darf der Bundesrat keine von der Haltung der Bundesversammlung abweichende Abstimmungsempfehlung vertreten. Sehr wohl ist es aber möglich, auch gemäss Art. 10, die wichtigsten im parlamentarischen Entscheidungsprozess vertretenen Positionen darzulegen. Wenn beispielsweise in einer Abstimmungsbotschaft ein Referendumskomitee und auch der Gemeinderat die gleiche Position vertreten, so ist die Ausgewogenheit der Informationen in Frage zu stellen. Weiter sieht er im vorliegenden Antrag auch einen gewissen Schutz für den Gemeinderat. Als Kollegialbehörde vertritt er eine Meinung, obwohl diese nicht einstimmig gefasst sein muss. Dies kann und wurde beispielsweise bei den Kampagnen bei den letzten Abstimmung zur Steuersenkung in Kriens von einzelnen Gruppierungen ausgenutzt. Dieser Anlass war auch der Auslöser für sein Postulat. Er bittet, den Antrag der FDP zu unterstützen.

Helene Meyer-Jenni spricht von Gewaltentrennung und nicht von über- und untergeordnet. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die Bevölkerung wissen darf, was für eine Haltung dieser ins Parlament bringt. Dies im Sinne einer Information.

Gemäss Michael Günter unterstützt die SVP den Antrag der FDP. Der Gemeinderat argumentiert, dass er eine abweichende Meinung vertreten darf, weil er einen Informationsauftrag hat. Richtig ist, dass er eine Informationsaufgabe hat. Falsch ist, dass ihm dies erlaubt, eine andere Meinung zu vertreten. Denn zwischen Information, d.h. der sachlichen Darlegung von Fakten, und Empfehlung, dem Gewichten und Beurteilen der Fakten, liegt ein grosser Unterschied. Weiter argumentiert der Gemeinderat damit, dass auch er vom Volk gewählt werde. Das stimmt, er wird vom Volk gewählt. Er hat jedoch im Rechtsstaat im Rahmen der Gewaltenteilung eine genaue Funktion, nämlich eine Ausführende. Zudem stehen ihm klar geregelte Kompetenzen zu. Zur Abstimmung gelangen nur Sachgeschäfte, welche eben gerade nicht in der gemeinderätlichen Kompetenz liegen. Hier kann nur der Einwohnerrat als Vertreter des Volkes in seiner Legislativfunktion eine Empfehlung abgeben. Ganz paradox wird die Situation schlussendlich bei Sachgeschäften, welche eigentlich vom Gemeinderat initiiert werden, wie z.B. dem Budget. Hier mutet es schlicht und einfach sehr befremdlich an, wenn der Gemeinderat sich plötzlich gegen das von ihm selber initiierte Sachgeschäft wendet.

Maurus Frey hält fest, dass der Einwohnerrat durch das Volk gewählt wird. Auch der Gemeinderat ist Volksvertreter. Die Wählenden sind deshalb an beiden Meinungen interessiert und haben auch das Anrecht zu wissen, was der Gemeinderat zu einem Beschluss sagt und was dessen Meinung ist. Daher ist er gegen den Antrag der FDP.

Daniel Piazza glaubt entgegen der Aussage von Michael Günter sehr wohl, dass der Gemeinderat Sachkompetenz hat. Er hat - sogar noch besser - eine viel weniger parteipolitische Sachkompetenz. Das bildet ein Mehrwert. Zudem bedeutet der vorliegende Vorstoss einen Transparenzabbau. Das will er nicht. Anders als vorher, als er aus rein pragmatischen Gründen dem Abbau zustimmen musste, besteht hier kein Zwang, die demokratischen Rechte des Gemeinderates zu beschneiden.

Erich Tschümperlin führt aus, dass sich alle zu einer Abstimmung öffentlich äussern dürfen. Alle ausser dem Gemeinderat. Das ist absurd. Man soll mehr Vertrauen in die Stimmbürger haben. Diese sollen die inhaltlichen Argumente selber gewichten. Es ist klar, dass der Gemeinderat einen anderen Auftrag hat. Die Stimmbürger sind aber froh, wenn diese von allen Seiten Informationen erhalten. Diese können schliesslich sehr wohl Informationen unterscheiden und beurteilen.

Werner Baumgartner versteht es nicht, dass der Postulant etwas zum Anlass nimmt, was gar nicht passierte. Er versteht es noch weniger, dass die FDP Rechte beschränken möchte. Normalerweise lernt man, Fehler zu beheben und nicht dazu ein Reglement zu erstellen. Wenn Fehler passieren, muss man diese korrigieren. Ein Vergleich mit dem Bundesrat ist absurd. Zum Gemeinderat hat man persönliche Beziehungen (Gesprächsstunde, Treff auf der Strasse usw.), daher stimmt der Vergleich mit dem Bundesrat nicht. Die Stimmbevölkerung möchte wissen, was für eine Meinung der Gemeinderat vertritt. Es werden am falschen Ort Freiheiten eingegrenzt.

Michael Günter erklärt zu seiner vorigen Aussage, dass er die sachliche Zuständigkeit des Gemeinderates und nicht seine fachlichen Fähigkeiten meinte.

Gemäss Judith Luthiger hält die SP an ihren Grundsätzen fest. Die Krienserinnen und Krienser sollen möglichst objektiv alle Meinungen hören und lesen dürfen, damit sie sich ihre Meinung bilden können. Man möchte keine einseitige Berichterstattung und keinen Maulkorb für den Gemeinderat. In der freien Meinungsäusserung des Gemeinderates sieht die SP-Fraktion nur Vorteile. Die FDP widerspricht sich, denn Freisinn heisst freies Denken und Handeln. Demnach müsste diese auch der freien Meinungsäusserung des Gemeinderates zustimmen.

Christine Kaufmann schliesst sich den Aussagen von Werner Baumgartner an.

Roland Burkhardt schliesst sich dem Votum von Michael Günter an. Es ist nicht gut, wenn das Parlament beschnitten wird. Man muss dessen Meinung genügend zum Ausdruck bringen. Es ist undemokratisch, wenn der Gemeinderat eine andere Meinung vertritt. Wenn dies auf

Bundesebene so gehandhabt wird, soll dies auch auf Gemeindeebene so übernommen werden.

Kathrin Graber bemerkt dass der Gemeinderat theoretisch mit dem Bundesrat verglichen werden kann. In der Praxis wird der Gemeinderat aber von den Stimmberechtigten gewählt. Daher haben die Stimmberechtigten Anspruch darauf, vor einer Abstimmung umfassend informiert zu werden und damit nebst der Meinung des Parlaments auch die Haltung des Gemeinderates zu kennen. Der Antrag Lammer verpasst nicht nur dem Gemeinderat einen Maulkorb, sondern entmündigt gleichzeitig die Stimmberechtigten bei der Meinungsbildung vor einer kommunalen Abstimmung. Ihnen würden Argumente einfach vorenthalten. Kein Stimmberechtigter würde es verstehen, wenn der Gemeinderat Kriens als einziger Gemeinderat in der Schweiz seine Meinung nicht kundtun darf. Ein solcher Vorschlag ist unsinnig und völlig unzweckmässig. Die CVP/JCVP-Fraktion ist entschieden gegen diesen Antrag.

Alexander Wili führt aus, dass die Exekutive die Beschlüsse des Parlaments vertreten muss. Bis jetzt hätte der Gemeinderat die Möglichkeit, nachdem eine Abstimmungsbotschaft versendet wurde, noch weitere Empfehlungen herauszugeben. Dies darf in einer Demokratie nicht sein. Er zitiert aus einem Gutachten des Bundesamtes für Justiz betreffend Informationspflicht des Bundesrates bei Abstimmungsvorlagen: „Der Bundesrat kann dem Volk keine eigenen Vorlagen unterbreiten und er kann, nachdem das Parlament über ein Vorlage beschlossen hat, sich diesbezüglich nur im Rahmen seiner Informationstätigkeit direkt ans Volk wenden. Er hat die Beschlüsse der Bundesversammlung zu respektieren und zu vollziehen. Er darf keine eigene Politik gegen die Mehrheit der Bundesversammlung betreiben. Nach der verfassungsrechtlichen Ordnung des Verhältnisses zwischen Exekutive und Legislative kann der Bundesrat das Volk (oder allenfalls das Volk und die Stände) somit nicht zum Schiedsrichter zwischen ihm und dem Parlament machen. Dies wäre systemfremd und mit der in den Art. 148 Abs. 1 und 174 BV angelegten Regelung nicht vereinbar. Es gibt denn auch in der Verfassungspraxis des Bundes kein einziges Beispiel für eine abweichende Abstimmungsempfehlung des Bundesrates. Damit ist nach Meinung des Bundesamtes für Justiz aus verfassungsrechtlicher Sicht ausgeschlossen, dass der Bundesrat dem Volk eine anders lautende Abstimmungsempfehlung abgibt als das Parlament.“

Was der Bundesrat beantragte, darf jedoch erwähnt werden. Wenn aber das Parlament anders entschieden hat, muss der Bundesrat dies vertreten. Er bittet, dem Antrag der FDP zuzustimmen.

Daniel Piazza stellt fest, dass die höchste Instanz der Demokratie in Theorie und Praxis das Volk ist. Die Stimmbevölkerung möchte auch die Meinung des Gemeinderates zu einer bestimmten Abstimmungsvorlage wissen.

Helene Meyer-Jenni hält fest, dass es nicht um die Beschneidung des Einwohnerrates geht. Über die Aussage von Alexander Wili, dass die Gemeinderatsmitglieder an Parteiversammlungen ihre persönlichen Meinungen kundgeben dürfen, ist sie überrascht. Die Gemeinderatsmitglieder sind der Kollegialität verpflichtet und dürfen nicht gegen die Haltung des Gesamtgemeinderates sein.

Martin Heini betont, dass man von einem Gemeindeparlament spricht und nicht von einer Bundesbehörde. Er geht davon aus, dass bisher nichts Illegales gegenüber der Bundesverfas-

sung vorgenommen wurde. Das Volk ist der Befehlshaber. Bei den nächsten Wahlen muss sich jedes Gemeinderatsmitglied profilieren können und eine Meinung haben. Dies müsste dann z.B. in vier Jahren überprüft werden. Der Gemeinderat soll sich nicht hinter dem Parlament verstecken müssen.

Für Werner Baumgartner ist der Vergleich mit dem Bund nicht richtig. Der Bundesrat ist etwas Zentrales, hier geht es aber um etwas Dezentrales. Das Volk darf wissen, wie die Meinung des Gemeinderates ist. Ansonsten wird dem Gemeinderat einen Maulkorb verpasst.

Kathrin Graber stellt fest, dass knappe Verhältnisse im Einwohnerrat bestehen und man alle Möglichkeiten aus der Geschäftsordnung des Einwohnerrates ausschöpfen kann. Eine geheime Abstimmung ist völlig legal. Sie beantragt nochmals eine geheime Abstimmung.

Gemäss Martin Heiz wird die SVP-Fraktion das fakultative Referendum ergreifen, wenn der Beschlusstext angenommen wird.

Räto Camenisch ist der Meinung, dass die geheime Abstimmung, welche heute zum dritten Mal durchgeführt wird, rein taktisch ist. Es werden Beschlüsse erschlichen, welche eine ganze Vorlage verändern werden. Die SVP wird die Vorlage ablehnen, diese dem Volk vorlegen und erklären, wie dies entstanden ist.

Bernadette Hauser weist darauf hin, dass alle berechtigt sind, die verschiedenen politischen Instrumente zu nutzen.

Kathrin Graber beantragt ein kurzer Sitzungsunterbruch.

Abstimmung über Sitzungsunterbruch

Mit 20:13 Stimmen wird dem Antrag zugestimmt.

Achermann, Marco	nein
Baumgartner, Werner	ja
Betschart, Daniel	nein
Bienz, Bruno	ja
Bründler, Anton	nein
Bründler, Josef	nein
Brunner, Joe	ja
Burkhardt, Roland	Enthaltung
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Johanna	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Günter, Michael	nein
Hauser, Bernadette	ja
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	nein
Kalt, Mirjam	ja

Kaufmann, Christine	ja
Kiener, Beatrice	nein
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	ja
Maldonado, Jennifer	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Rey, Louis	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wili, Alexander	Enthaltung

Patrick Koch steht persönlich für Transparenz des Einwohnerrates ein. Die Wählerschaft von Kriens darf wissen, wie abgestimmt wird. Er stellt deshalb den Antrag auf Namensaufruf.

Guido Solari informiert, dass nun zwei Anträge vorliegen, welche sich gegenseitig ausschliessen. Beide Anträge müssen ein Drittel der Stimmen erreichen. Er schlägt vor, dass über beide Anträge abgestimmt wird und schlussendlich das Verfahren durchgeführt wird, welches mehr JA-Stimmen erzielte.

Viktor Bienz fragt, ob man damit einverstanden ist.

Kathrin Graber schlägt vor, als Erstes über den Antrag abzustimmen, welcher zuerst gestellt wurde. Wenn dieser angenommen wird, fällt der zweite dahin.

Bruno Bienz schliesst sich der Meinung von Kathrin Graber an.

Johanna Dalla Bona ist der Meinung, dass über beide Anträge abgestimmt werden soll. Danach stellt sich heraus, welches Verfahren durchgeführt wird.

Viktor Bienz teilt mit, dass eine Variantenabstimmung durchgeführt werden kann.

Abstimmung Antrag Geheime Abstimmung gegenüber Antrag Namensaufruf
Mit 18:15 Stimmen wird der Antrag Namensaufruf angenommen.

Achermann, Marco	Namensaufruf
Baumgartner, Werner	Enthaltung
Betschart, Daniel	Namensaufruf
Bienz, Bruno	geheim
Bründler, Anton	Namensaufruf
Bründler, Josef	Namensaufruf
Brunner, Joe	geheim
Burkhardt, Roland	Namensaufruf
Camenisch, Rätö	Namensaufruf

Dalla Bona, Johanna	Namensaufruf
Erni, Roger	Namensaufruf
Fluder, Hans	Namensaufruf
Frey, Maurus	geheim
Graber, Kathrin	geheim
Günter, Michael	Namensaufruf
Hauser, Bernadette	geheim
Heini, Martin	geheim
Heiz, Martin	Namensaufruf
Kalt, Mirjam	geheim
Kaufmann, Christine	geheim
Kiener, Beatrice	Namensaufruf
Koch, Patrick	Namensaufruf
Konrad, Simon	Namensaufruf
Lammer, Thomas	Namensaufruf
Luthiger, Judith	geheim
Maldonado, Jennifer	geheim
Marbacher, Monika	geheim
Müller, Ursula	geheim
Nyfelner, Nicole	geheim
Piazza, Daniel	Enthaltung
Portmann, Peter	Namensaufruf
Rey, Louis	Namensaufruf
Tschümperlin, Erich	geheim
Urfer, Mario	geheim
Wili, Alexander	Namensaufruf

Guido Solari führt die Abstimmung via Namensaufruf durch.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (gem. B+A) gegenüber Antrag FDP (keine abweichende Abstimmungsempfehlung)

Mit 18:17 Stimmen wird der Antrag FDP angenommen.

Achermann, Marco	Antrag FDP
Baumgartner, Werner	Antrag GR
Betschart, Daniel	Antrag FDP
Bienz, Bruno	Antrag GR
Bründler, Anton	Antrag FDP
Bründler, Josef	Antrag FDP
Brunner, Joe	Antrag GR
Burkhardt, Roland	Antrag FDP
Camenisch, Rätö	Antrag FDP
Dalla Bona, Johanna	Antrag FDP
Erni, Roger	Antrag FDP
Fluder, Hans	Antrag FDP
Frey, Maurus	Antrag GR
Graber, Kathrin	Antrag GR
Günter, Michael	Antrag FDP
Hauser, Bernadette	Antrag GR
Heini, Martin	Antrag GR
Heiz, Martin	Antrag FDP
Kalt, Mirjam	Antrag GR
Kaufmann, Christine	Antrag GR
Kiener, Beatrice	Antrag FDP
Koch, Patrick	Antrag FDP
Konrad, Simon	Antrag FDP
Lammer, Thomas	Antrag FDP
Luthiger, Judith	Antrag GR

Maldonado, Jennifer	Antrag GR
Marbacher, Monika	Antrag GR
Müller, Ursula	Antrag GR
Nyfeler, Nicole	Antrag GR
Piazza, Daniel	Antrag GR
Portmann, Peter	Antrag FDP
Rey, Louis	Antrag FDP
Tschümperlin, Erich	Antrag GR
Urfer, Mario	Antrag GR
Wili, Alexander	Antrag FDP

Michael Günter verlangt ein Rückkommen zu Art. 10 Abs. 2. Im Gegensatz zu diesem Artikel wurde bei Art. 4 Abs. 2 die Änderung von „ausformuliert“ zu „formuliert“ vorgenommen. Aus sachlogischer Überlegung müsste bei Art. 10 Abs. 2 derselbe Wortlaut eingefügt werden. Dieser Widerspruch kann nämlich nicht sein.

Erich Tschümperlin opponiert dem Rückkommen. Die Stimmberechtigten und der Einwohner-rat sind zwei verschiedene Körperschaften. Die einen haben mehr Recht als die anderen.

Judith Luthiger gibt Michael Günter Recht. Man müsste es probieren, nochmals eine Abstimmung dazu durchzuführen.

Abstimmung zu Rückkommensantrag

Mit 18:15 Stimmen wird dem Rückkommensantrag zugestimmt.

Achermann, Marco	ja
Baumgartner, Werner	nein
Betschart, Daniel	ja
Bienz, Bruno	nein
Bründler, Anton	ja
Bründler, Josef	ja
Brunner, Joe	nein
Burkhardt, Roland	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	Enthaltung
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	nein
Günter, Michael	ja
Hauser, Bernadette	nein
Heini, Martin	nein
Heiz, Martin	ja
Kalt, Mirjam	Enthaltung
Kaufmann, Christine	nein
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	nein
Maldonado, Jennifer	nein
Marbacher, Monika	nein
Müller, Ursula	nein
Nyfeler, Nicole	ja

Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	ja
Rey, Louis	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wili, Alexander	ja

Judith Luthiger beantragt ein Rückkommen zu Art. 4 Abs. 2.

Räto Camenisch weist darauf hin, dass zuerst über den Rückkommensantrag von Michael Günter abgestimmt werden muss.

Viktor Bienz bittet aufgrund der Pattsituation die jeweiligen Fraktionschefs nach vorne.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (ausformuliert) gegenüber Antrag SVP (formuliert)
 Mit 18:15 Stimmen wird der Antrag SVP angenommen.

Achermann, Marco	Antrag SVP
Baumgartner, Werner	Antrag GR
Betschart, Daniel	Antrag SVP
Bienz, Bruno	Antrag GR
Bründler, Anton	Antrag SVP
Bründler, Josef	Antrag SVP
Brunner, Joe	Antrag GR
Burkhardt, Roland	Antrag SVP
Camenisch, Rätö	Antrag SVP
Dalla Bona, Johanna	Antrag SVP
Erni, Roger	Antrag SVP
Fluder, Hans	Antrag SVP
Frey, Maurus	Antrag GR
Graber, Kathrin	Antrag GR
Günter, Michael	Antrag SVP
Hauser, Bernadette	n.t.
Heini, Martin	Antrag GR
Heiz, Martin	Antrag SVP
Kalt, Mirjam	Antrag GR
Kaufmann, Christine	Antrag GR
Kiener, Beatrice	Antrag SVP
Koch, Patrick	Antrag SVP
Konrad, Simon	Antrag SVP
Lammer, Thomas	Antrag SVP
Luthiger, Judith	Antrag GR
Maldonado, Jennifer	Antrag GR
Marbacher, Monika	Antrag GR
Müller, Ursula	n.t.
Nyfeler, Nicole	Antrag GR
Piazza, Daniel	Antrag GR
Portmann, Peter	Antrag SVP
Rey, Louis	Antrag SVP
Tschümperlin, Erich	Antrag GR
Urfer, Mario	Antrag GR
Wili, Alexander	Antrag SVP

Judith Luthiger zieht ihren Antrag zurück, da Art. 4 Abs. 2 und Art. 10 Abs. 2 nun gleich lauten. Es wurde entschieden, dass kein ausformulierter Gegenvorschlag eingereicht werden muss. Das Herzstück des Reglements ist nun obsolet.

Gemäss Martin Heiz wird die SVP-Fraktion aufgrund der aktuellen Situation das fakultative Referendum nicht ergriffen, obwohl dies eigentlich zu Stande gekommen wäre.

Detailberatung Bericht und Antrag

Es erfolgen keine Bemerkungen und es wird kein Rückkommen verlangt.

Guido Solari verliest den ***Beschlussestext***:

1. *Das Reglement über die politischen Rechte gemäss Beilage wird festgesetzt.*
2. *Das Postulat von Thomas Lammer: „Haltung des Gemeinderates bei kommunalen Abstimmungen“ (Nr. 034/2008) wird als erledigt abgeschrieben.*
3. *Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.*

Abstimmung über den Beschlussestext

Mit 18:17 Stimmen wird dem Beschlussestext zugestimmt.

Achermann, Marco	ja
Baumgartner, Werner	nein
Betschart, Daniel	ja
Bienz, Bruno	nein
Bründler, Anton	ja
Bründler, Josef	ja
Brunner, Joe	nein
Burkhardt, Roland	ja
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	nein
Günter, Michael	ja
Hauser, Bernadette	nein
Heini, Martin	nein
Heiz, Martin	ja
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann, Christine	nein
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	nein
Maldonado, Jennifer	nein
Marbacher, Monika	nein
Müller, Ursula	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	ja
Rey, Louis	ja

Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wili, Alexander	ja

7. Bericht und Antrag: Zentrumsplanung Planungskredit Bebauungsplanverfahren Wohnpark Teiggi / Gemeindehaus-Areal

Nr. 128/09

Martin Heiz führt aus, dass das Eintreten auf den vorliegenden Bericht und Antrag in der Baukommission unbestritten war. Es geht um den Anteil von 69,2 % der Gemeinde Kriens an den ganzen Kosten für den Bebauungsplan. Der Bebauungsplan umfasst nicht nur die Areale Gemeindehaus und Teiggi, sondern auch das Areal der LUPK. In der Detailberatung wurde gefragt, wo künftig die Chilbi stattfinden wird. Diese kann auf dem Areal im Schappe Süd oder auf dem Platz zwischen „Cocon“ und Bellpark durchgeführt werden. Weiter wurde gefragt, wo sich die Parkplätze befinden. Diese sind unterirdisch auf dem Areal des Gemeindehauses geplant mit ca. 100 öffentlichen Parkplätzen, welche auch für den neuen Saal im „Cocon“ reichen müssen. Oberirdisch wird versucht, einige Kurzzeit-Parkplätze anzubieten. Betreutes Wohnen kann beim LUKP-Areal nicht vorgeschrieben werden. Dies wird aber auf den gemeindeeigenen Arealen in Betracht gezogen. Wenn dann der Bebauungsplan im Einwohnerrat behandelt wird, will man sich darüber noch äussern und der Gemeinderat wird sich darüber Gedanken machen müssen. Weiter wurde angeregt, das Land im Baurecht abzugeben und nicht zu verkaufen. Der Gemeinderat hat diese Anregung entgegengenommen.

Die Baukommission stimmt dem vorliegenden B+A einstimmig zu.

Monika Marbacher teilt mit, dass die CVP/JCVP-Fraktion das konzeptionell klug angelegte Projekt lobte, wo an einem „wüsten Ort“ von Kriens eine neue Ordnung geschaffen wird, ohne die bestehenden Objekte zu beeinträchtigen. Beim LUPK-Areal entsteht ein grosser Wohnhof mit parkähnlichem Aussenraum. Dies ist eine gute Mischung, denn die bestehenden Bauten werden damit auf natürliche Weise integriert. Beim Gemeindehausareal wird das denkmalgeschützte Gebäude ideal umrahmt mit einem Park, wo man sich auch verweilen kann. Das unterirdische Parkhaus ist gut konzipiert. Man erachtet es als wichtig, dass im Zentrum auch weiterhin parkiert werden kann. Beim Teiggi-Areal entsteht eine neue Siedlung von hoher Qualität. Die Mischform von Familienwohnungen, betreutem Wohnen im Alter und Ateliers ist geschickt angelegt und die Atmosphäre der heutigen Teiggi-Gebäude bleibt erhalten. Kritisiert wurde, dass der heutige Begriff „hindernisfreie Wohnungen“ noch nicht im B+A zu finden ist. Zudem sollte es klar sein, dass hindernisfreie Wohnungen angeboten werden müssen und nicht wie im B+A erwähnt, mit einer „kann“-Formulierung angeboten werden sollen. Die CVP/JCVP-Fraktion fragt sich, ob der Zeitplan eingehalten werden kann und hofft, dass der Gemeinderat diesbezüglich forciert.

Die CVP/JCVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und wird dem Planungskredit Bebauungsplanverfahren Wohnhaus Teiggi/Gemeindehaus-Areal zustimmen.

Judith Luthiger ist an der Projektvorstellung dabei gewesen und hat sich vom Siegerprojekt „BASTAPASTA“ überzeugen lassen. Es ist eine sehr gute Wahl, die Optionen offen lässt. Besonders gefallen ihr die Freiräume, die durch das verdichtete Bauen geschaffen werden. Es wird ein bisschen städtisch im Krienser Dorf. Es gibt wieder Plätze, auf denen sich Menschen

treffen können und auch ein Chilbiplatz ist vorhanden. Kriens kann an Attraktivität gewinnen. Im Zentrum wohnen, einkaufen, flanieren und nahe am öffentlichen Verkehr und sofort im Grünen zu sein, ist sicher ein grosses Plus für Kriens. Für die SP gibt es noch kritische Punkte. Nach wie vor ist die Verkehrsfrage nicht gelöst. Wie wird der Mehrverkehr weggeführt? Kritisch schaut man auch die Desinvestition des gesamten gemeindeeigenen Areals an. Könnte Kriens nicht einen Teil behalten? Im Weiteren hätte der Gemeinderat es auch in der Hand, zusätzliche Vergabekriterien zu erlassen. Er könnte beispielsweise Rahmenbedingungen definieren und bestimmen, dass ein Teil der Wohnungen hindernisfrei sein müssen. Die Absichtserklärungen im B+A findet man sehr gut, beispielsweise den Beschrieb des weiteren Projektverlaufs auf Seite 5. Es ist wichtig, dass es eine öffentliche Veranstaltung gibt und die Bevölkerung informiert wird. Weiter steht im B+A, dass auf allen drei Arealen auch Wohnungen angeboten werden können, die sich für betreutes Wohnen eignen. Dies sind alles interessante Aspekte. Die SP-Fraktion hofft, dass der B+A nicht nur ein schöner Papiertiger bleibt. Man wird den Gemeinderat beim Wort nehmen und ihm bei der Umsetzung auf die Finger schauen, ansonsten wird ein Vorstoss nachgeschoben.

Die SP-Fraktion stimmt dem vorliegenden B+A zu und freut sich auf die städtebauliche Entwicklung.

Gemäss Martin Heiz ist die SVP-Fraktion für Eintreten und wird dem vorliegenden B+A zustimmen.

Erich Tschümperlin hält fest, dass die Grünen dem Planungskredit prinzipiell positiv gegenüberstehen. Es hätte aber auch durchaus andere Möglichkeiten gegeben, wenn die Gemeinde ihre eigenen Gebäude und Liegenschaften nicht über Jahre hätte verlottern lassen, aber das war wohl Absicht. Der desolate Zustand, wie die Gemeinde selber schreibt, zwingt sie und jetzt auch den Einwohnerrat zu Abriss und Neubau. Positiv in dieser Situation findet man, dass die Gemeinde mit der LUPK über das gesamte, städtebaulich so wichtige Gebiet einen Wettbewerb durchgeführt hat. Damit entsteht ein Gesamtkonzept für einen wichtigen Teil des Krienser Zentrums und nicht ein weiteres Flickwerk. Das Siegerprojekt lässt hoffen, dass trotz der hohen kommerziellen Anforderungen (sprich Ausnützung), wesentliche Elemente der Krienser Geschichte und Identität erhalten bleiben. Und dass auch etwas Neues, Belebtes im Zentrum entsteht.

Auf die Gefahr hin, dass dies der falsche Zeitpunkt ist, fordern die Grünen trotzdem bereits jetzt, dass Minergie als Auflage aufgenommen wird und Minergie-P zu prüfen ist, wie dies übrigens beim „Cocon“ bereits mittels Motion überwiesen wurde. Seine Erfahrung in diesem Rat lehrt ihn, dass er entweder zu früh oder dann zu spät mit dieser Forderung kommt. Den richtigen Zeitpunkt habe er bis jetzt leider noch nie erwischt. Er weiss auch immer noch nicht, wann er denn wäre.

Auf zwei Punkte im B+A möchte er noch speziell eingehen. Wie im B+A erwähnt, ist die E-tappierung sehr zentral. Man ist klar der Ansicht, dass für Kultur/Jugend/Gewerbe keine Zwischenlösung akzeptabel ist. Erst wenn Schappe Süd wirklich realisiert wird, wird man weiteren Schritten bei diesem Projekt zustimmen können. Zwischenlösungen sind für alle sehr belastend, logistisch sehr anspruchsvoll und vor allem auch sehr teuer. Aus diesen Gründen sind die Feuerwehr und Werkhof ja auch kein Thema.

Der B+A verlangt auch, dass der Verkauf des Areals vorbereitet wird. Die Grünen fordern aber, dass auch andere Varianten geprüft werden; speziell ein Baurechtsvertrag. Vor allem bürgerliche Kreise haben in der Vergangenheit immer wieder darauf gedrängt, dass die Gemeinde ihre Liegenschaften verkauft. Aber eine Zentrumsentwicklung, wie sie hier und jetzt geplant wird mit Engagement und Aufbruchsstimmung wäre nie möglich, wenn die Gemeinde nicht eben diese Grundstücke besitzen würde. Man wäre handlungsunfähig, man wäre blockiert und müsste der Entwicklung tatenlos zuschauen. Und genau das werden die Nachkommen sein, wenn diese Grundstücke einfach verkauft würden.

Im Sinne einer nachhaltigen und handlungsfähigen Politik bittet er, den Antrag auf Überprüfung von weiteren Varianten zu unterstützen. Die Grüne-Fraktion stimmt dem vorliegenden B+A zu.

Gemäss Josef Bründler ist die FDP-Fraktion einstimmig für den Planungskredit. Es ist ein gutes Projekt und stimmt mit den Projekten der ganzen Zentrumsplanung überein.

Matthias Senn bedankt sich für die wohlwollende Aufnahme des B+A's. Wohnen im Alter und hindernisfreies Wohnen sind zwei verschiedene Fachbegriffe. Er ist überzeugt, dass der Zeitplan eingehalten werden kann. Die Investoren-Ausschreibung wird in der nächsten Phase beschrieben. Ob ein Baurecht erstellt wird oder ein Verkauf stattfindet, muss über die gesamte Zentrumsplanung angeschaut werden. Eventuell können Investitionen an Dritte weitergegeben werden. Man kann schliesslich nicht einfach Fr. 50 Mio. aufwerfen. Dazu muss es eine Lösung geben. Das Anliegen betreffend Minergie wird aufgenommen. Bei Zwischennutzungen muss man unterscheiden. Beim Gemeindeschuppen beispielsweise kann man eher darauf verzichten bis eine definitive Nutzung vorhanden ist.

Detailberatung

S. 3 – 3. Würdigung des Gemeinderates und weiteres Vorgehen

Erich Tschümperlin verweist auf den folgenden Satz: „Mit dem genehmigten Bebauungsplan wird ein Investorendossier erarbeitet und anschliessend der Verkauf der Areale öffentlich ausgeschrieben.“ Er fragt, ob eine teilweise Realisierung geprüft wird oder ob man dazu einen Antrag stellen muss.

Matthias Senn antwortet, dass dies sowieso geprüft wird. Es muss schlussendlich im Gesamtkontext übereinstimmen. Entweder muss das Zentrum Pilatus durch einen Investor realisiert werden oder durch die Gemeinde selber und einen Teil verkaufen.

Guido Solari verliest den ***Beschlussestext***:

1. Für die Planung und Projektierung Bebauungsplanverfahren wird ein Planungskredit in der Höhe von Fr. 270'000.00 bewilligt.

Abstimmung über den Beschlussestext

Der Beschlussestext wird einstimmig genehmigt.

Achermann, Marco	ja
Baumgartner, Werner	ja
Betschart, Daniel	ja

Bienz, Bruno	ja
Bründler, Anton	ja
Bründler, Josef	ja
Brunner, Joe	ja
Burkhardt, Roland	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Günter, Michael	ja
Hauser, Bernadette	ja
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	ja
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann, Christine	ja
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	ja
Maldonado, Jennifer	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Rey, Louis	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wili, Alexander	ja

8. Bericht und Antrag: Teilrevision des Reglements über die Erhebung einer Billettsteuer (1. Lesung) Nr. 129/09

Viktor Bienz orientiert, dass keine Schlussabstimmung stattfindet, da es sich um die erste Lesung handelt.

Simon Konrad hält namens der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission fest, dass Thomas Lammer im Jahre 2008 die Abschaffung der Billettsteuer forderte. Eine Abschaffung ist in breiten Kreisen der FGK ein berechtigtes Anliegen zu einem jedoch äusserst ungelegenen Zeitpunkt. Die vorgeschlagenen Änderungen scheinen massvolle Anpassungen zu sein, die aufwändige Fakturen von Kleinstveranstaltungen eliminieren. Die detaillierten Angaben von Franz Bucher über die Steuerpflichtigen hat die FGK zum Schluss gebracht, dass die Steuer nicht willkürlich ist und der Praxis der Stadt und der umliegenden Gemeinden entspreche. Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Auslegeordnung, zu der Franz Bucher jedem Einwohnerratsmitglied ein Formular zugestellt hat, um seine Ideen zu laufenden Einnahmen und Ausgaben sowie Investitionen und Devestitionen bis zum 6. Februar einzubringen, sind Fr. 130'000.00 doch ein erheblicher Beitrag an die Gemeindefinanzen. Die Billettsteuer soll also auf der „Watchlist“ der abzuschaffenden Steuern bleiben und das vorliegende Reglement wird von einer grossen Mehrheit der FGK unterstützt.

Joe Brunner führt aus, dass es für die SP-Fraktion verschiedene Ansatzpunkte gibt, welche ein genaues Hinsehen auf das neue Reglement für die erste Lesung verlangt. Zuerst stellt sich die Grundsatzfrage, ob es überhaupt eine Billettsteuer braucht und wozu. Erliegt man hier nicht einem alten Zopf, welcher Kulturschaffende und Organisatoren von Freizeitanlässen mit einer Steuer bestrafen, welche sich für die Allgemeinheit einsetzen? Bezahlen muss diese Steuer jeder Einzelne mit dem Erwerb eines Tickets und subventioniert so die Gemeinde mit Einnahmen. Die SP fragt sich, ob man auf dieses Geld nicht lieber verzichten könnte. Doch die Realität der Finanzen lässt da keinen Spielraum zu. Schade für die Kultur, schade für die Organisatoren, schade auch für jeden Krienser Bürger.

Das neue Reglement ist nach Meinung der SP-Fraktion ein „ausgehöhlt und verwässertes“ Reglement. Zu viele Ausnahmen und Profiteure von Umgehung der Steuer sind zugelassen. Wieso wird im neuen Reglement schon wieder sehr differenziert ausgeführt, wer alles nicht und wer befreit werden soll? Gerechtigkeit für alle ist wichtig. Wer Geld eintreibt, soll dies auch gezielt wieder einsetzen. Kulturförderung mit dem Obolus scheint ein gangbarer Weg zu sein. Gezielte Verwendung der Steuer und keine Aufbesserung der Gemeindefinanzen. Dass kleine Veranstalter gezielt befreit werden, ist in Ordnung. Wieso einen Verwaltungsaufwand betreiben, wo der Ertrag so gering ist? Man ist mit dem Gemeinderat einverstanden, dass die Anpassungen der Artikel 4 und 13 des Reglements so vorgenommen werden. Die SP ist auch bereit, Hand zu bieten für eine Abschaffung, wenn die anderen Gemeinden (Luzern und Emmenbrücke) ihre Billettsteuer abschaffen. Im jetzigen Zeitpunkt aber wäre es ein falsches Zeichen. Auf die zweite Lesung wünscht man sich, dass die Ausnahmen besser definiert werden. Auch eine Lösung des Südpols sollte bis dahin vom Gemeinderat vorliegen. In diesem Sinne ist die SP für Eintreten und ist gespannt auf die zweite Lesung.

Peter Portmann teilt mit, dass die SVP-Fraktion für Eintreten ist. Die SVP-Fraktion ist äusserst skeptisch betreffend Beibehaltung der Billettsteuer. In Kriens gibt es immer weniger Lokale und Veranstaltungen, bei welchen Billettsteuern erhoben werden können. Die Kinos sind verschwunden, der Froschkönig hat Konkurs angemeldet und das Inkasso der Billettsteuern aus der Konkursmasse kann die Gemeinde Kriens ohnehin vergessen. Im Kollokationsplan wird die Billettsteuer vermutlich in der Klasse 4 figurieren, also nicht mehr eintreibbar. Es würde ihn auch interessieren, wie viel Aufwand die Gemeinde Kriens für die Nichteintreibung der Billettsteuer vom Froschkönig aufgewendet hat. Auch die verbleibenden Veranstalter könnten mit leichten Tricks die Billettsteuer umgehen.

Die Billettsteuer wurde im Jahr 2001 eingeführt. Es war eine Zeit, wo im Schlundgebiet Dancings und Kinos eröffnet wurden. Man sah plötzlich neue Einnahmequellen für die Gemeinde. Aus der Grün-Linken Ecke wollte man zu dieser Zeit sogar die Billettsteuer auf den Sportclub Kriens erweitern. Die Billettsteuer ist ein Relikt aus dem letzten Jahrhundert und man sollte sich heute lieber auf die Vermietung der Sporthallen konzentrieren. Dies bringt mehr, als Leute für die Eintreibung der Billettsteuer zu beschäftigen. Mit geschätzten Einnahmen von ca. Fr. 130'000.00 ist man bald so weit wie im Jahr 2001, als die Billettsteuer wieder eingeführt wurde. Eine mögliche neue Quelle für die Erhebung der Billettsteuer wird der Südpol sein. Aus politischen und wirtschaftlichen Gründen hat eine Billettsteuer im Südpol aber keine Chance. Die SVP fragt sich, ob eine Billettsteuer noch zeitgemäss ist. In verschiedenen Luzerner Gemeinden denkt man über deren Abschaffung nach.

Werner Baumgartner, namens der CVP/JCVP-Fraktion, ist einstimmig für die weitere Erhebung der Billettsteuer. Fr. 130'000.00 ist relativ viel Geld, um das man vielleicht froh ist. Es sind ein paar grössere, kommerzielle Veranstalter vorhanden, bei denen man Geld einholen kann. Grundsätzlich ist man aber skeptisch. Obwohl gesagt wurde, dass diese Steuer nicht willkürlich, ist doch eine Restanz von Willkür vorhanden. Man fragt sich, weshalb die Erfolgreichen Billettsteuer bezahlen müssen und die weniger Erfolgreichen nicht. Man möchte keine Einzel-

gänge in der Agglomeration machen und man sollte im Moment nicht vorgreifen. Wenn Kriens die letzte Gemeinde ist, welche noch eine Billettsteuer erhebt, dann sollte man diese eventuell auch abschaffen. Im Moment steht die CVP/JCVP-Fraktion aber hinter der Billettsteuer.

Thomas Lammer freute sich, dass seine Motion vom Dezember 2008 betreffend Entlastung von Nationalliga A-Vereinen von der Billettsteuer mit deutlichen 25:5 Stimmen überwiesen wurde und nun das geänderte Reglement vorliegt. Er bedankt sich dafür. Insbesondere alle bürgerlichen Parteien stimmten zu und zeigten damit, dass sie ein Herz für die Krienser Vereine, den Krienser Sport und auch den Leistungssport haben.

Gefreut hat er sich auch über den Bericht insgesamt bezüglich Aufbau und Erwägungen des Gemeinderates. Insbesondere wurde seine Motion als Anlass genommen, generell über die Lustbarkeitssteuer nachzudenken. Dass der Vorschlag nun weitere Anpassungen vorsieht, erachtet die FDP-Fraktion als positiv. Schlussendlich ist man auch mit der Konklusion des Gemeinderates einverstanden. Die Tage der Billettsteuer in Kriens sind aber wohl trotzdem gezählt. Zwar konnte sie sich noch wie ein angeschlagener Boxer in die Pause retten. Aber die nächste Runde kommt bestimmt. Die FDP-Fraktion nimmt den Bericht und Antrag in der vorliegenden Form zur Kenntnis.

Mirjam Kalt führt aus, dass die Grüne-Fraktion es begrüsst, dass der Gemeinderat die Billettsteuerfrage ganzheitlich angeschaut hat und nicht nur in Bezug auf den Spitzensport in Kriens. Denn Vorstösse entstehen oft aufgrund ganz spezifischer Interessen und die Verantwortung von Gemeinderat und Einwohnerrat ist, die ganze Gemeinde im Fokus zu haben. Die Grünen sind eigentlich gegen die Abschaffung oder Veränderung der Billettsteuer aus folgenden Gründen:

- In der heutigen Zeit auf Geld zu verzichten, ist nicht der richtige Weg. Vor allem wenn man die Möglichkeit hat, bei kommerziellen Veranstaltungen die Zuschauenden zur Kasse zu bitten und daraus einen, wenn auch kleinen, Ertrag für die Gemeinde zu erwirtschaften.
- Dies hat überhaupt nichts mit oder gegen Jugendförderung zu tun. Die Gemeinde unterstützt alle Sportvereine mit Beiträgen und durch das Benutzungsrecht der Hallen sowie durch die grossen Investitionen in Sportanlagen. Und übrigens hat die Gemeinde einen Aufwand von ca. einer halben Personalstelle zu bewerkstelligen für das Reinigen der Hallen nach den Trainings der Spitzensportvereine.
- Gerade die grösseren und bekannten Vereine haben die Möglichkeit für Sponsoring, welches bestimmt viel grössere Einnahmen erzeugt als die Billettsteuer, die wegfällt.

Wenn man schon die Veränderung der Billettsteuer in Angriff nimmt, dann begrüssen die Grünen den Vorschlag des Gemeinderates, denn so verzichtet man nicht auf die grösseren Einnahmen, wie z.B. durch das Le Theatre. Man begünstigt Kleinveranstaltungen, welche längerfristig eventuell etwas zur Kulturförderung der Gemeinde beitragen können und man hält den administrativen Aufwand für die Gemeinde klein.

Die Grünen unterstützen den Vorschlag des Gemeinderates und gehen somit diesen Kompromiss ein. In diesem Sinne ist man für Eintreten und für diesen B+A. Zum Schluss hält sie noch fest, dass es schon widersprüchlich ist, wenn der Einwohnerrat einerseits die Billettsteuer unter dem Vorwand der Jugendförderung abschafft und gleichzeitig den Aufwand für Spielplätze kürzt. Einmal handelt der Einwohnerrat zugunsten der Jugend und das andere mal dagegen.

Paul Winiker bedankt sich für die grundsätzlich ausgewogenen Voten. Im Jahr 2001 wurde die Billettsteuer wieder eingeführt. Er bittet, diese nun nicht wieder abzuschaffen. Einnahmen von Fr. 130'000.00 ist nicht wenig. In Luzern und Emmen besteht die Billettsteuer auch noch. Der administrative Aufwand von 4 % eines Pensums ist wenig. Gegen den Froschkönig wurde die Betreibung eingeleitet. Diese läuft nun im normalen Prozess. Die Billettsteuer ist auf der „Watchlist“. Man muss sich überlegen, ob diese künftig weitergeführt wird. Eine Zweckbindung bringt im Moment nichts. Zum jetzigen Zeitpunkt bittet er aber, mit Wohlwollen die Teilrevision des Reglements über die Erhebung einer Billettsteuer zu genehmigen.

Räto Camenisch bemerkt, dass eine Billettsteuer nicht mehr zeitgemäss ist. Es ist ein durchlöcherntes Gesetz. Die Veranstaltungen, welche auf dem Sonnenberg stattfinden, überlegen sich, ob sie diese noch dort durchführen möchten, da Kriens fast der einzige Ort ist, wo man noch Billettsteuer zu bezahlen hat. Er ist der Meinung, dass diese Steuer abgeschafft werden soll. Moderne Menschen haben gerne Attraktionen. Müssen diese auch noch besteuert werden? Er findet dies daneben.

Erich Tschümperlin zitiert ein paar Zahlen von Einsparungen aus dem Bericht „Information zur Umsetzung des Voranschlags 2010“. Wenn zum heutigen Zeitpunkt eine Steuersenkung verlangt wird, ist dies unverantwortlich. Er bittet, die Billettsteuer nicht abzuschaffen, ausser es wird auf der Einnahmenseite etwas getan.

Detailberatung B+A

S. 8 – Art. 5 Abs. 3 Steuerobjekt

Kathrin Graber ist der Meinung, dass man den Preis für das Billett und die zusätzliche Konsumation zusammenrechnet und dies als Steuerobjekt festlegt. Es sollte klar ersichtlich sein, dass das Eintrittsgeld sowie der Aufschlag versteuert wird. Sie bittet, diesen Artikel im Hinblick auf die zweite Lesung zu präzisieren.

Viktor Bienz wird dies aufnehmen. Er informiert, dass es keine Schlussabstimmung gibt, da noch eine zweite Lesung durchgeführt wird.

Martin Heiz stellt einen Ordnungsantrag auf Abbruch der Sitzung.

Erich Tschümperlin opponiert dem Antrag. Er ist der Meinung, dass die Pendenzen abgearbeitet werden sollen und beantragt, die Sitzung bis um 20.00 Uhr fortzusetzen.

Abstimmung Ordnungsantrag (Schluss der Sitzung)

Mit 20:14 Stimmen wird der Antrag angenommen.

Achermann, Marco	ja
Baumgartner, Werner	nein
Betschart, Daniel	ja
Bienz, Bruno	nein
Bründler, Anton	ja
Bründler, Josef	ja
Brunner, Joe	nein
Burkhardt, Roland	Enthaltung
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	nein

Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	nein
Günter, Michael	ja
Hauser, Bernadette	nein
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	ja
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann, Christine	nein
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	nein
Maldonado, Jennifer	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Rey, Louis	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wili, Alexander	nein

Schluss

Viktor Bienz teilt mit, dass zum Reglement über die politischen Rechte mit 17 Stimmen das parlamentarische Referendum ergriffen wurde. Somit wird der Gemeinderat eine Volksabstimmung vorbereiten.

Die nächste Sitzung findet am 18. März 2010, ganztags, statt. Die Sitzung vom 1. Juli ist ebenfalls ganztägig geplant. Deshalb bittet er, dies so zu reservieren. An dieser Sitzung werden voraussichtlich die Traktanden Zentrumsplanung und finanzielle Auslegeordnung behandelt.

Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im Restaurant Hofmatt.

Ende der Sitzung: 19:20 Uhr

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:



Viktor Bienz

Der Gemeindeschreiber:



Guido Solari

Die Protokollführerinnen:



Yvonne Rösli



Andrea Sigrist